

Entwicklung der öffentlichen Beschäftigung in Österreich

Kurzfassung des Projektberichts im Auftrag des Staatsschuldenausschusses

Autoren: Bernhard Grossmann, Eva Hauth

Inhalt und Beweggründe der Studie

Im Rahmen dieser Studie wurde der Versuch unternommen, auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Daten ein möglichst konsistentes Datenset über die öffentlich Bediensteten der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu erstellen, wobei der Klärung von Zeitreihenbrüchen besonderes Augenmerk galt. Zudem wurden Mängel der statistischen Basis im Bereich öffentlicher Beschäftigung aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung des Informationsspektrums (u.a. Definition von Mindestanforderungen, Konzeption eines abgestimmten Erhebungsbogens) formuliert.

Die Befassung mit diesem Thema schien in mehrfacher Hinsicht geboten:

- Bekenntnis zur Verwaltungsreform,
- Konsolidierungserfordernisse,
- mangelnde Transparenz hinsichtlich tatsächlicher Personalkapazitäten öffentlicher Einrichtungen (Ausgliederungen),
- unzureichende Beschaffenheit verfügbarer Daten (z.B. unterschiedliche Maßeinheiten, Bereinigungen, Zuordnungen und Erfassungsgrade) für komparative Darstellungen und Analysen.

Erkenntnisse der Studie über die Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Gebietskörperschaften

Allgemeine Aspekte

- ❖ Die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten wird von allen gebietskörperschaftlichen Ebenen erheblich beeinflusst. Von den öffentlich Bediensteten in Höhe von 503.176 entfielen Ende 2002 38,7% auf den Bund, 42,7% auf die Bundesländer (einschließlich Wien) und 18,6% auf die Gemeinden (ohne Wien und einschließlich Gemeindeverbände). Bestrebungen zur Redimensionierung der Zahl der öffentlich Beschäftigten sollten daher grundsätzlich bei allen Gebietskörperschaften ansetzen und durch Verwaltungs- sowie Aufgabenreformen unterstützt werden.
- ❖ Die öffentlich zugänglichen statistischen Informationen über die Personalkapazitäten der Länder und Gemeinden sind für eine zielgerichtete Steuerung der Personalkapazitäten sowie für die Generierung von outputorientierten Leistungsindikatoren unzureichend (Mangel an Detaillierungsgrad (insbesondere nach Leistungsbereichen), unterschiedliche Verbuchungsausancen, divergierende Abgrenzung des Erhebungsumfanges, keine (bzw. keine ausreichenden) Informationen über Ausgliederungseffekte).
- ❖ Sektorale Vergleiche zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden zusätzlich durch unterschiedliche Maßeinheiten (Vollzeitäquivalente (VZÄ), Köpfe) und durch unterschiedliche Verbuchungsvarianten, insbesondere bei Aus- und Umgliederungen, erschwert. Darüber hinaus fanden seit 2001 Verschiebungen im Bereich der Aufgabenwahrnehmung vom Bund zu den Ländern und Gemeinden

statt. Ihre Auswirkungen auf den Beschäftigtenstand der jeweiligen Gebietskörperschaft konnten nicht konkret spezifiziert werden, dürften aber im Regelfall die Entwicklung nicht markant beeinflusst haben.

- ❖ Will man die Ergebnisse zusammenführen bzw. das Ausmaß der jeweiligen Veränderungen des Personalstandes im komparativen Sinne möglichst seriös beurteilen, so sollte dies unter Einrechnung der Bediensteten in ausgegliederten Einheiten erfolgen,
 - da die statistische Erfassung von Ausgliederungseffekten zum Teil gar nicht (Gemeinden) oder zumindest nicht lückenlos (Länder) erfolgen kann,
 - Bedienstete in ausgegliederten Einheiten zum Teil im Beschäftigtenstand der Gebietskörperschaft verbleiben (Leihbeamte) und
 - da die Abgrenzung des Sektors Staat nach unterschiedlichen Kriterien durchgeführt werden kann.

Darüber hinaus ist bei der Interpretation der Ergebnisse auf die unterschiedliche Aufgabenverantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaft (die mitunter eine andere Ressourcenausstattung erfordert) Bedacht zu nehmen.

- ❖ Eine Bereinigung der Zeitreihenbrüche auf Basis von Recherchen, wie im Rahmen der Studie versucht wurde, ist extrem aufwändig und nur begrenzt machbar. Für die Bundesländer und Gemeinden stehen weder Auflistungen über Ausgliederungsmaßnahmen, noch Informationen über die Bediensteten in den ausgegliederten Einheiten zur Verfügung (auch liegen Geschäftsberichte nicht für alle Einheiten vor). Das Personalinformationssystem des Bundes verfügt ebenfalls über keine Informationen über die Beschäftigungsentwicklung in den ausgegliederten Organisationseinheiten.
- ❖ Am Beispiel des Bundes ist ersichtlich, dass bestehende Einsparungspotenziale – insbesondere im Bereich der Allgemeinen Verwaltung – auch tatsächlich lukriert werden können, sofern der politische Wille zur Redimensionierung der Beschäftigtenzahl (Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung, effizienzsteigernde Maßnahmen und Konzentration auf Kernaufgaben (Ausgliederungen)) vorhanden ist und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

Entwicklung der öffentlich Bediensteten beim Bund

- ❖ Der Bund reduzierte in den letzten Jahren seinen Beschäftigtenstand in höherem Umfang als die anderen gebietskörperschaftlichen Ebenen. Der Personalstand des Bundes ist von 1997 bis zum Jahr 2002 um 10.549 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Jahresdurchschnitt (davon 5.096 durch Ausgliederungen) gesunken. Dies bedeutet, dass Auslagerungen von Leistungen zu etwas weniger als die Hälfte für den Beschäftigtenrückgang verantwortlich waren und sich der Personalstand des Bundes unter Einbeziehung der in ausgliederten Einheiten tätigen Bediensteten vergleichsweise stark vermindert hat (Veränderung 2002/97: -5.453 VZÄ; Veränderung: 2002/00: -4.364 VZÄ).
- ❖ Der Rückgang des Personalstandes des Bundes wurde innerhalb der Beobachtungsperiode vorrangig durch die Nichtnachbesetzung des natürlichen Abgangs und in geringerem Umfang durch vorzeitige Pensionierungen erzielt.
- ❖ Die Betrachtung einzelner Berufsgruppen im Bundesdienst zeigt, dass insbesondere die Zahl der Beschäftigten im Verwaltungsdienst markant (Veränderung 2002/00: -5.563 VZÄ), aber auch jene im Exekutivdienst gesunken ist. Bei den Bundeslehrern fiel der Rückgang eher bescheiden aus

(Veränderung 2002/00: -174 VZÄ). Gemessen an der Schülerzahl dürfte sich dennoch seit 2000 das Betreuungsverhältnis (Schüler je Lehrer) erhöht haben. Zudem wurde diese Berufsgruppe neben den Hochschullehrern von vornherein von den vorgesehenen Personaleinsparungen der Bundesregierung ausgenommen. Bei den Bediensteten im Exekutivdienst war ein relativ hoher Beschäftigungsrückgang zu beobachten (Veränderung 2002/00: -999 VZÄ), der nur zu einem sehr geringen Teil auf die Übertragung von Aufgaben – des Meldewesens (mit 1. März 2002) und des Fund- und Passwesens (mit 1. Februar 2003) – zurückzuführen sein dürfte.

Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Bundesländern (ohne Wien)

- ❖ Die Personalentwicklung in den Leistungsbereichen des Schul- und Spitalswesens beeinflusst die Gesamtentwicklung auf Länderebene maßgeblich.
- ❖ Betrachtet man die Entwicklung des Beschäftigtenstandes der Bundesländer (ohne Wien) insgesamt gemäß Gebarungsübersichten, so zeigt sich, dass ein Rückgang des Beschäftigtenstandes ausschließlich im Jahr 2001 zu beobachten ist. Die deutliche Abnahme der Personalkapazitäten von Ende 2001 gegenüber Ende 2000 in Höhe von 8.384 ist in erster Linie auf die Ausgliederung der Oberösterreichischen Gesundheits- und Spitals-AG (GESPAG) (-7.411 Personen) und nur in relativ geringem Umfang auf sonstige Personalreduktionen der Bundesländer (-972 Personen) zurückzuführen.
- ❖ Lässt man die öffentlich Bediensteten in den ausgegliederten Landeskrankenanstalten außer Acht, so ändert sich das Bild ein wenig. Seit Anfang 2001 zeigt sich ein rückläufiger Verlauf des Beschäftigtenstandes in den Bundesländern. Während Ende 2000 die Zahl der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und ohne Krankenanstalten) noch die Höhe von 114.785 erreichte, verminderte sich diese bis Ende 2002 um 1.482 auf 113.303 Personen.
- ❖ Der Großteil des Beschäftigtenrückganges seit Ende 2000 geht auf den Abbau der Zahl der Landeslehrer zurück (Veränderung 2002/2000: -1.022 Personen). Im Zuge der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2001 wurden mit den Ländern restriktivere Stellenplanrichtlinien für allgemein bildende Pflichtschulen ab dem Schuljahr 2001/02 vereinbart, die schrittweise bis zum Schuljahr 2004/05 umzusetzen sind. Gemessen an der Schüleranzahl verringerte sich ab Ende 2000 bis Ende 2002 die Zahl der Landeslehrer jedoch nicht.
- ❖ Im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ (allgemeine Verwaltung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kultur, soziale Wohlfahrt, Verkehr) wurde der Personalstand seit Ende 2000 nur geringfügig reduziert (-460 Personen), wobei in diesem Zusammenhang die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg maßgeblich waren.
- ❖ In den hier präsentierten Ergebnissen sind allerdings auch Dienstnehmer (vor allem Beamte) enthalten, die den ausgegliederten Einheiten zugeteilt sind und deren Personalkosten von der ausgegliederten Einheit getragen werden. Eine Betrachtung der Personalstandsentwicklung des Bereichs „Allgemeine Verwaltung“ unter Berücksichtigung der Ausgliederungen und Dienstzuteilungen hätte vermutlich einen etwas höheren Rückgang des Beschäftigtenstandes ergeben. Ebenso wäre es möglich, dass unter Berücksichtigung aller Ausgliederungen und Dienstzuteilungen neben den Bundesländern Burgenland,

Kärnten, Oberösterreich und Salzburg auch andere Bundesländer ihren Beschäftigtenstand im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ abgebaut haben.

Entwicklung der öffentlich Bediensteten in Wien

- ❖ Die Entwicklung des Beschäftigtenstandes in Wien gemäß Gebarungsübersichten ist innerhalb des Beobachtungszeitraumes durch Fluktuationen gekennzeichnet: Einem Rückgang folgt stets ein Zuwachs im darauf folgenden Jahr, wobei die Veränderung von 2000 gegenüber dem Vorjahr auf Grund der Ausgliederung von Wiener Wohnen deutlicher ausfällt als in den Jahren zuvor.
- ❖ Erst im letzten Jahr der Beobachtungsperiode (2002) dürften Maßnahmen gesetzt worden sein, um den Stand an öffentlich Bediensteten in Wien zu vermindern. Unter dem Gesichtspunkt der laufenden Ausgabenausweitung auf kommunaler Ebene signalisiert der rückläufige Verlauf des Beschäftigtenstandes Wiens im Jahr 2002 zunehmende Sparanstrengungen. Die Personalkapazitäten von Wien gingen 2002 sowohl unter Einbeziehung der Bediensteten in den ausgegliederten Organisationseinheiten (-899 VZÄ) als auch ohne Ausgliederungen (-842 VZÄ) vergleichsweise stark zurück.
- ❖ Das Spitalswesen bindet in Wien deutlich mehr Beschäftigte als der Länderdurchschnitt (ohne Wien) (Krankenanstaltenquote 2002: Wien 41,4%; Bundesländer (ohne Wien): 28,9%); der Anteil bei den Landeslehrern gemessen an den öffentlich Bediensteten von Wien liegt deutlich unter jenen der anderen Bundesländer (Landeslehrerquote 2002: Wien 15,7%; Bundesländer (ohne Wien): 40,1%).
- ❖ Das Schüler/Lehrerverhältnis in Wien unterschreitet innerhalb der gesamten Beobachtungsperiode mit einer Quote von unter 10 den Länderdurchschnitt (ohne Wien), der knapp unter 11 liegt. Zudem nimmt die Schüleranzahl pro Landeslehrer tendenziell ab und erreicht im Jahr 2001 mit 9,2 den geringsten Wert.

Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Gemeinden (ohne Wien)

- ❖ Die Veränderung der Personalkapazität der österreichischen Gemeinden insgesamt fällt sehr moderat aus, vergleicht man den Anfang und das Ende des Beobachtungszeitraumes. Allerdings unterliegt der Personalstand stets großen Schwankungen. Beispielsweise folgt dem Tiefpunkt im Jahre 1999 der personelle Höchststand auf kommunaler Ebene in der Höhe von 81.734 VZÄ im Jahr 2000 (+1.862 VZÄ). Seither ist die Zahl der Gemeindebediensteten rückläufig, obwohl die laufende Umsetzung der zuletzt erfolgten Ausweitung des kommunalen Ausgabenpektrums (v.a. Verwaltungsreformgesetz 2001) genau in diesen zeitlichen Rahmen fällt. Allerdings dürfte auch dieser Rückgang primär Folge einer Ausgliederung sein: Berücksichtigt man die Bediensteten des AKH Linz – in einer Größenordnung von rund 2.200 Bediensteten –, die ab dem Jahr 2001 in den obigen Daten nicht mehr enthalten sind, so wäre der erwähnte Rückgang der Bediensteten auf kommunaler Ebene gegen Ende des Beobachtungszeitraumes nicht mehr feststellbar. Zudem ist festzuhalten, dass die Gesamtentwicklung wesentlich durch einen Erfassungsmangel beeinflusst wird: Die Gemeindebediensteten des Spitals St. Pölten (knapp 2.500 Beschäftigte) werden erst ab dem Jahr 2000 berücksichtigt.
- ❖ Aus der Betrachtung der Personalkapazität nach Gemeindegrößenklassen wird ersichtlich, dass die Veränderungen der Personalstände sehr unterschiedlich bzw. sogar gegenläufig hinsichtlich Umfang und Zeitpunkt sind.

- ❖ Die Gesamtentwicklung der kommunalen Personalkapazität wird vorrangig durch die Volatilität der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50.000 (GK 4) geprägt, was auf das höhere Veränderungs- bzw. Restrukturierungspotenzial sowie die Existenz einer „kritischen“ Menge an Bediensteten zurückzuführen ist.

Vorschläge zur Verbesserung der statistischen Basis im Bereich öffentlichen Beschäftigung

- ❖ Um eine aussagefähige Datenbasis nach einheitlichen Konzepten generieren zu können, scheinen aus der Sicht der Autoren folgende (Zusatz-)Informationen unerlässlich:
 - Einheitliche Maßeinheit (möglichst VZÄ im Jahresdurchschnitt der ständig beschäftigten Dienstnehmer)
 - Differenzierungen nach Leistungsbereichen (VA- bzw. RA-Ansätze)
 - Subpositionen zur Bereinigung der Daten (Dienstzuteilungen, „lebende Subventionen“)
 - Ausgliederungseffekte (Veränderung des Beschäftigtenstandes in Folge von Ausgliederungen oder Erfassung der Zahl der Beschäftigten in ausgegliederten Organisationseinheiten)
 - Sonstige Dienstnehmer der Gebietskörperschaften (Sonderverträge, Saisonarbeitskräfte etc.)
- ❖ Der direkte Konnex zwischen der Anzahl der öffentlich Bediensteten und den Personalausgaben ist (im Rahmen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnungen (VRV)) herzustellen.
- ❖ Jüngste Bestrebungen von Statistik Austria, den statistischen Meldeumfang der öffentlichen Haushalte zu erweitern, um u.a. den internationalen Meldevorschriften (EU-Verordnung 1267/03) nachkommen zu können, haben im Bereich „Personal“ aufgezeigt, dass
 - das Informationsspektrum der internen Personalinformationssysteme sehr heterogen sein dürfte;
 - insbesondere kleinere Gemeinden mangels Kostenrechnung derzeit keine Daten über den Personalstand nach Leistungsbereichen zur Verfügung stellen können;
 - die VRV einen relativ großen Interpretationsspielraum lässt und
 - Datenanforderungen nur nachgekommen wird, wenn hierfür im Rahmen des VRV-Komitees Einigung erzielt wurde (Schaffung einer innerösterreichischen rechtlichen Basis).

Demzufolge müssten zum einen Bestimmungen der VRV bzw. der Haushaltsrechte durch Erläuterungen präzisiert und erweitert werden und zum anderen wäre die verpflichtende Einführung einer Kostenrechnung (zumindest ab einer bestimmten Einwohnerzahl) notwendig.

- ❖ Darüber hinaus wären für das Controlling bzw. die Steuerung der Personalressourcen Informationen über die öffentlich Bediensteten nach Qualifikation und Alterstruktur von großem Interesse.

Entwicklung der öffentlichen Beschäftigung in Österreich

Projektbericht *)
im Auftrag des Staatsschuldenausschusses

März 2004

Autoren:

Bernhard Grossmann, Büro des StA
Eva Hauth, Büro des StA

*) Die Autoren danken der Arbeitsgruppe „Öffentliche Beschäftigung“ für die wertvollen Anregungen bei der Ausarbeitung der gegenständlichen Studie und für die Bereitstellung von Informationen.

Externe Teilnehmer der Arbeitsgruppe:

Mag. Peter BIWALD, KDZ

Herbert CHROMY, Gemeindebund

Karl GRILLITSCH, SVT

Dkfm. Dr. Gerhard LEHNER, StA

Daniela MELINGO, ST.AT

Dr. Egon MOHR, Amt der Vorarlberger LReg.

Dietmar PILZ, Gemeindebund

MR Dr. Gerhard REICHER, BMF

Dr. Günther SMUTNY, VB-Stelle der BL

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG UND INHALT DER STUDIE	1
1.1	Einleitung	1
1.2	Inhalt der Studie	3
2.	ENTWICKLUNG DER PERSONALKAPAZITÄTEN DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN 1997 BIS 2002	5
2.1	Personalentwicklung des Bundes	6
2.1.1	Gesamtentwicklung	6
2.1.2	Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen	8
2.2	Personalkapazitäten in den Bundesländern (ohne Wien)	10
2.2.1	Gesamtentwicklung	10
2.2.2	Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen	11
2.3	Personalkapazitäten von Wien	14
2.3.1	Gesamtentwicklung	14
2.3.2	Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen	15
2.4	Personalkapazitäten in den Gemeinden (ohne Wien)	16
2.4.1	Gesamtentwicklung	17
2.4.2	Gemeindeverbände	20
2.4.3	Ursachen für Veränderungen der Personalkapazität (landesweise)	22
2.5	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	25
2.5.1	Allgemeine Aspekte	25
2.5.2	Entwicklung der öffentlich Bediensteten beim Bund	25
2.5.3	Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Bundesländern (ohne Wien)	26
2.5.4	Entwicklung der öffentlich Bediensteten in Wien	27
2.5.5	Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Gemeinden (ohne Wien)	27
3.	VERBESSERUNG DER STATISTISCHEN BASIS IM BEREICH ÖFFENTLICHER BESCHÄFTIGUNG	29
3.1	Vorschläge zur Verbesserung der statistischen Basis	29
3.2	Konzeption eines abgestimmten Erhebungsbogens	30
3.3	Allgemeine Anmerkungen zum öffentlichen Rechnungswesen	32
4.	LITERATURVERZEICHNIS	34
5.	ANHANG	36
5.1	Kenngößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand	36
5.2	Übersicht über methodisch-statistische Unterschiede im Datenset	58
5.3	Erhebungsbogen zur Verbesserung der statistischen Basis im Bereich der öffentlichen Beschäftigung	59

1. Einleitung und Inhalt der Studie

1.1 Einleitung

Die Befassung mit dem Thema „öffentliche Beschäftigung“ bietet sich aus mehreren Gründen an:

1. Verwaltungsreform
2. Konsolidierungserfordernisse
3. Transparenz

ad 1) Verwaltungsreform

Das Projekt „Verwaltungsreform“ stellt ein zentrales Anliegen der Bundesregierung dar. Bereits das Regierungsprogramm für die Jahre 2000 bis 2003 enthielt folgende Zielformulierung: „Eine konsequente Ausgaben- und Aufgabenreform, um die Kosten der Verwaltung zu reduzieren und die öffentlichen Haushalte zu entlasten, Beiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich zu leisten und die Bürgernähe durch verbesserte Servicequalität zu stärken.“ Gleichzeitig wurde die Absenkung der Zahl der öffentlich Bediensteten beim Bund (ohne Bundeslehrer und Universitäten) um 9.000 bis zum 1. Jänner 2004 festgelegt. Diese Zielvorgabe zum Personalabbau wurde mit Ministerratsbeschluss vom 13. September 2000 noch merklich verstärkt (Absenkung der öffentlich Bediensteten des Bundes um 15.000 (davon 4.000 durch Ausgliederungen)). Auch das derzeitige Regierungsprogramm der Jahre 2003 bis 2006 spiegelt das Bestreben, die öffentliche Verwaltung wirkungsorientierter und sparsamer zu gestalten, wider. Neben anderen Reformvorhaben, wie die Forcierung des E-Governments und den Ausbau des Controllings, wurde insbesondere auch die Etablierung des „Österreich-Konvents“ vereinbart. Dieser soll bis Ende 2004 Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform ausarbeiten und bessere Voraussetzungen für eine effiziente Verwaltung im Bundesstaat schaffen. Im Personalbereich wurden eine weitere Reduktion von 10.000 Dienstposten in der Bundesverwaltung sowie „eine Redimensionierung des öffentlichen Sektors auf OECD-Durchschnitt“ bis Ende der Legislaturperiode 2006 vorgesehen.

Die Bundesregierung, aber auch die anderen Gebietskörperschaften haben in den letzten Jahren verschiedenste Initiativen gesetzt (Aufgabenreformkommission, Finanzausgleichs-Begleitkommission, „Achterrunde“, Verwaltungsreformgesetz 2001, länder- und gemeindespezifische New Public Management-Projekte), um Einsparungspotenziale im Bereich der öffentlichen Verwaltung auszuloten und zu lukrieren.¹ Diese Maßnahmen (Auslagerung von Leistungen, Nutzung von Synergien, Verbesserung der Verwaltungsabläufe) konnten die Kostenentwicklung der öffentlichen Verwaltung (insbesondere den Personalaufwand) bereits merklich dämpfen. Den größten Beitrag zur Budgetkonsolidierung lieferten dabei Ausgliederungen von öffentlichen Einrichtungen, wie beispielsweise die ASFINAG, SCHIG, BIG, FMA, die Landeskrankenanstalten oder die Umgliederung von Tätigkeiten in „marktbestimmte Betriebe“² der Gemeinden. Ausgliederungen bedeuten, dass bestehende Aufgaben, die vorher von den Gebietskörperschaften wahrgenommen wurden, in eigene Rechtsformen (Kapital-, Personengesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts) übergeführt werden und nicht mehr Gegenstand der budgetären Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften sind. Unter

¹ Einen Überblick über die verschiedenen Verwaltungsreform-Aktivitäten der Bundesregierung (Aufgabenreformkommission, „Achterrunde“ etc.) gibt Netuschil P. und B. Rossmann, „Die Reform der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 2000 bis 2002 – Versuch einer Evaluierung“ in: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 83/2003. Die länderspezifischen New Public Management-Initiativen sind im Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofes „New Public Management in den Ländern“ (Reihe Burgenland 2002/2) und jene der Städte in „Verwaltungsreform in Österreichs Städten – eine Zwischenbilanz“ (KDZ, Mai 2003) nachzulesen.

² Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit (Wasserver-, Abwasserentsorgung, Wohnungswirtschaft etc.); Abschnitte 85-89 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 1997.

Umgliederungen versteht man Verschiebungen innerhalb der öffentlichen Budgets in marktbestimmte Betriebe (Quasi-Kapitalgesellschaften). Sowohl Ausgliederungen als auch Umgliederungen stellen grundsätzlich anerkannte Bausteine einer Verwaltungsreform dar und dürften in der Vergangenheit im Regelfall auch tatsächlich zu Budgetentlastungen geführt haben.³

ad 2) Konsolidierungserfordernisse

Im Unterschied zu den Sechziger- und Siebzigerjahren gibt es heute nur noch wenige Finanzwissenschaftler und Wirtschaftspolitiker, die sich gegen eine nachhaltige Budgetkonsolidierung mit ausgeglichenen Budgets über den Konjunkturzyklus aussprechen.⁴ Österreich zählt zwar mittlerweile zu jenen EU-Ländern, die sehr niedrige Budgetdefizite aufweisen, dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf. So erfordern eine Senkung der vergleichsweise hohen Steuerbelastung in Österreich und/oder eine Forcierung von Budgetausgaben in Richtung Sach- und Humankapital, von denen positive Wirkungen auf das mittel- bis langfristige Wirtschaftswachstum (Wachstumspotenzial) zu erwarten sind, Einsparungen in anderen Bereichen, um nicht den Konsolidierungspfad zu verlassen. Darüber hinaus zeichnet sich durch Veränderung der Altersstruktur in der österreichischen Bevölkerung eine höhere Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Pensionsleistungen, Altenpflege, Gesundheits- und Spitalswesen ab.

Die öffentlichen Personalausgaben in Österreich haben sich zwar in den letzten Jahren moderat entwickelt, dennoch binden sie weiterhin einen hohen Anteil an den Gesamtausgaben des Staates. Der Anteil der Personalausgaben der Gebietskörperschaften an den Gesamtausgaben des Staates (im Sinne der ESVG-Abgrenzung) betrug im Jahr 2002 rund 18%. Zur Illustration der Größenordnung folgendes Rechenbeispiel: Geht man von einem jährlichen Pro-Kopf-Personalaufwand von durchschnittlich 37.000 EUR aus, so würde eine 10%-Verringerung der Personalausgaben ein Einsparungsvolumen von rund 2 Mrd EUR oder 1,0% des BIP bedeuten und einen Rückgang der öffentlich Bediensteten in der Größenordnung von 50.000 nach sich ziehen.

ad 3) Transparenz

Zwar stellen mehrere Institutionen (insbesondere Statistik Austria, aber auch die Gebietskörperschaften und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger) Statistiken über den Personalstand und die Personalkosten von öffentlich Bediensteten zur Verfügung, diese lassen jedoch nur sehr eingeschränkt Aussagen über die Entwicklung der Personalkapazitäten sowie der korrespondierenden Kosten für die Leistungserstellung bei den Gebietskörperschaften zu. Insbesondere Datenbrüche infolge von Ausgliederungen öffentlicher Einheiten, Informationslücken über das Beschäftigungsausmaß in den verschiedenen Leistungsbereichen sowie divergierende Verbuchungssummen in Bezug auf die beiden Merkmale „Personalstand“ und „Personalaufwand“ lassen gegenwärtig eine normative Aufgabenkritik nicht (bzw. nur sehr rudimentär) zu.⁵ Erst wenn klar wird, wie hoch der Personaleinsatz für die Erstellung einer bestimmten Leistung ist bzw. wie viel eine bestimmte Leistung

³ Siehe dazu: Kropf, K./Leitsmüller, H./Rossmann, B.: Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich, Schriftenreihe der AK-Wien, Arbeit-Recht-Gesellschaft, Bd. 21, Wien 2001.

⁴ Auch wenn die EU-Verpflichtungen zur stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Konvergenzkriterien des EG-Vertrages, Stabilitäts- und Wachstumspakt) angesichts der Konjunkturschwäche von einigen EU-Ländern gegenwärtig nicht eingehalten werden, so besteht dennoch ein breiter Konsens darüber, dass eine Rückführung der Budgetdefizite (zumindest mittelfristig) aus ökonomischer Sicht erforderlich wäre.

⁵ Eine Untersuchung des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (KDZ) kam zu folgenden Schlussfolgerungen: „Die öffentlich zugänglichen Daten ermöglichen nicht einmal eine Berechnung der Entlohnung pro definierten Bediensteten in den einzelnen Gebietskörperschaften. Auch einfachste Berechnungen personalwirtschaftlicher Kennzahlen sind durch die inkonsistente Datenlage und die teilweise nur unter enormen zeitlichen Aufwand zu bewältigende Datenbeschaffung erschwert bis unmöglich“. In: Effizienzsteigerung durch Aufgabenbereinigung und Verwaltungsoptimierung im Bundesstaat“, KDZ, Studie im Auftrag des BMF, Wien 1999, Seite 284.

der öffentlichen Verwaltung tatsächlich kostet, ist eine Effizienz- sowie in weiterer Folge auch eine Kosten-Nutzen-Analyse machbar und ein Vergleich mit anderen öffentlichen oder privaten Anbietern möglich. Darüber hinaus könnte durch ein möglichst aussagefähiges Informationssystem über die öffentliche Beschäftigung ein wichtiger Beitrag zu einer leistungsbezogenen und ergebnisorientierten Steuerung der öffentlichen Verwaltung (Definition von Produkten und Kennzahlen im Sinne des New Public Managements, Benchmarking, Leistungsstandards etc.) liefern.

1.2 Inhalt der Studie

Die vorliegende Studie widmet sich zwei Themenbereichen: Der **erste Projektteil** (Kapitel 2) umfasst eine **Analyse und Darstellung der Personalkapazität der Gebietskörperschaften** für die Jahre 1997 bis 2002 auf Basis der öffentlich zugänglichen statistischen Informationen, wobei der Klärung von Zeitreihenbrüchen besonderes Augenmerk gilt. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Stand und die Entwicklung der öffentlichen Bediensteten immer vor dem Hintergrund des Spektrums der Aufgabenerfüllung zu sehen sind. Reformen der Aufgabenwahrnehmung, die Qualität der Leistungserbringung sowie deren gesamtwirtschaftlicher Nutzen sind daher bei einer Evaluierung der Beschäftigungsentwicklungen bei den einzelnen öffentlichen Haushalten zu berücksichtigen. Die vorliegende Analyse, die sich mangels geeigneter Basisinformationen auf grobe empirische Informationen zur Beschäftigtenentwicklung des Bundes, der Länder und der Gemeinden beschränken muss, kann daher keine Aussagen über eine „adäquate“ Ressourcenausstattung sowie deren Kosten liefern. Allerdings sollen die hier präsentierten Ergebnisse dazu beitragen, Erklärungsansätze für abweichende Entwicklungen der Personalkapazitäten bei den Gebietskörperschaften in Österreich zu finden.

Die empirischen Ergebnisse über die Entwicklung der Personalkapazitäten der Jahre 1997 bis 2002 bei den einzelnen Gebietskörperschaften zeigen jedenfalls, dass politische Zielvorgaben zur Beschäftigtenentwicklung eine Redimensionierung der Zahl öffentlich Bediensteter in Gang setzen.

Gegenstand des **zweiten Projektteiles** (Kapitel 3) sind **Vorschläge zur Verbesserung der statistischen Basis** einschließlich der Konzeption eines abgestimmten Erhebungsbogens für Bund, Länder und Gemeinden. Die Anforderungen an die Transparenz haben sich durch die Teilnahme Österreichs an der WWU deutlich erhöht: Konsistente sowie rezente Informationen über die Budget-, Schulden- und Vermögensgebarung, darunter den Personaleinsatz aller öffentlichen Haushalte, die auch Aufschluss über Leistungskenngrößen sowie institutionelle Veränderungen (insbesondere Ausgliederungen) geben, sind nicht nur eine unerlässliche Entscheidungsgrundlage, sondern werden zudem auch von den EU-Institutionen (EU-Kommission, EZB, EUROSTAT) eingefordert.⁶

Das breiteste Informationsspektrum über die öffentlichen Haushalte in Österreich liefert die jährlich erscheinende Publikation „Gebarungsübersichten“ von Statistik Austria. Diese Datenquelle bietet eine Übersicht über die Gebarung aller Gebietskörperschaften einschließlich Fonds und Verbänden auf Basis der administrativen Budgets in möglichst standardisierter Form und ist derzeit die einzige Quelle, die Informationen über die Personalstände aller Gebietskörperschaften einschließlich Gemeindeverbänden bereitstellt.

⁶ So bestehen im Bereich der „öffentlichen Beschäftigung“ bereits jetzt EU-Meldeverpflichtungen, die Österreich nur sehr rudimentär erfüllt. In Zukunft sollten sogar Personalstände (vierteljährlich) neben der Einheit in VZÄ auch in „geleistete“ Arbeitsstunden nach den ESVG 95-Kriterien gemeldet werden (EG-Verordnung Nr. 1267/2003).

Allerdings weist diese Datenquelle (für die gestellte Aufgabe) einige Schwächen auf:

- Datenbrüche insbesondere infolge von Ausgliederungen und divergierenden Verbuchungsansätzen,
- Informationslücken in Bezug auf den Personalstand (teilweise keine Vollzeitäquivalente; unterschiedlicher Erfassungsgrad),
- Mangel an Detailinformationen (keine Differenzierungen der Personalkapazitäten nach Qualifikation, Altersstruktur und nach Art der Bezüge sowie zumeist keine Aufgliederung nach Aufgaben/Aktivitäten oder Organisationseinheiten),
- keine Informationen hinsichtlich der Personalkapazitäten der öffentlichen Haushalte im Sinne der ESVG-Abgrenzung (Staat im Sinne von Maastricht).

Für eine zielgerichtete Steuerung der Personalkapazitäten der öffentlichen Haushalte sowie für die Generierung von outputorientierten Leistungsindikatoren sind jedoch deutlich höhere Anforderungen an das Datenset über die öffentliche Beschäftigung zu stellen:

- Einheitlichkeit in Bezug auf die Maßeinheiten (Vollzeitäquivalente (VZÄ), möglichst im Jahresdurchschnitt) und Gliederungen zwischen den Gebietskörperschaften.
- Konsistenz in Bezug auf die beiden Merkmale Personalstand und Personalaufwand (einheitliche Zuordnungen).
- Umfassender Ansatz mit konsistenter, klarer Sektorabgrenzung und Identifizierung der Ausgliederungseffekte (Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften, Beschäftigungsformen sowie von ausgegliederten Einheiten innerhalb der Beobachtungsperiode).
- Personalkapazitäten nach Leistungsbereichen zur Generierung von Leistungs- und Qualitätsindikatoren.
- Ausreichender Detaillierungsgrad, der sowohl regionale Vergleiche (differierende Aufgabenwahrnehmung) als auch eine Überleitung in Richtung ESVG zulässt.

Darüber hinaus erscheint es zweckmäßig, ein Informationssystem auf vorhandenen (zumindest internen) Datenquellen aufzubauen, um den Erfassungsaufwand gering zu halten und gleichzeitig auch die statistischen Meldungen an Statistik Austria in diese Richtung anpassen zu können.

Im **Kapitel 3** finden sich daher sowohl Vorschläge für eine weiterreichende Harmonisierung der primärstatistischen Quellen (Voranschläge bzw. Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften), die die Qualität der von Statistik Austria aufbereiteten Informationen determinieren, als auch ein Erhebungsbogen, der die Mindestanforderungen an ein Informationsspektrum zum Thema „öffentliche Beschäftigung“ für Bund, Länder und Gemeinden aufzeigt.

Im **Anhang** der Studie sind darüber hinaus umfangreiche statistische Informationen über die öffentlich Bediensteten der Gebietskörperschaften einschließlich Kennzahlen für die Jahre 1997 bis 2002 zu finden. Neben der Aggregatsdarstellung von Bund, Ländern und Gemeinden werden auch Ergebnisse für einzelne Bundesländer sowie für Gemeinden nach Größenklassen präsentiert. Abschließend werden methodisch-statistische Unterschiede im Datenset tabellarisch zusammengefasst.

2. Entwicklung der Personalkapazitäten der Gebietskörperschaften 1997 bis 2002

Als Datenquellen für die folgenden Analysen über die Entwicklung der im Aktivstand befindlichen öffentlich Bediensteten bei der jeweiligen Gebietskörperschaft fungierten für die Bundesländer und Gemeinden die jährlichen Informationen aus den Gebarungsübersichten von Statistik Austria und für den Bund das Personalinformationssystem. Zudem wurde versucht, entweder durch Direktkontakt, durch Recherchen in den Primärdatenquellen (Rechnungsabschlüsse, Geschäftsberichte) oder durch Spezialpublikationen ergänzende Informationen über Sonderentwicklungen (Ein- bzw. Ausgliederungen, Verschiebungen bei der Aufgabenwahrnehmung, neue rechtliche Rahmenbedingungen), die den Beschäftigtenstand maßgeblich beeinflussten, zu erhalten. Eine Quantifizierung dieser Sonderentwicklungen war allerdings nur in wichtigen Teilbereichen möglich. Beim Bund und den Bundesländern konnten Ausgliederungseffekte im Wesentlichen erfasst werden.

Auf eine vergleichende Detailanalyse über die Entwicklung der im Aktivstand befindlichen öffentlich Bediensteten von Bund, Ländern und Gemeinden wird hier verzichtet, da ein Vergleich angesichts der unterschiedlichen Aufgabenstellungen grundsätzlich problembehaftet ist und die vorhandenen Daten keine geeignete Basis für eine Analyse nach Subsektoren des Staates darstellen. Ein solcher Ansatz würde zumindest Informationen über die Beschäftigungsentwicklung nach Leistungsbereichen in einheitlichen, aussagekräftigen Maßgrößen (VZÄ, möglichst im Jahresdurchschnitt) und nach einheitlicher Sektorabgrenzung erfordern. Eine Übersicht über den Stand an öffentlich Bediensteten zum Jahresende 2002 (Tabelle 1) laut Gebarungsübersichten lässt aber sehr klar erkennen, dass die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten von allen Gebietskörperschaftsebenen erheblich beeinflusst wird und daher Bestrebungen zur Redimensionierung der Zahl der öffentlich Beschäftigten grundsätzlich bei allen gebietskörperschaftlichen Ebenen ansetzen müssen. Von den 503.176 öffentlich Bediensteten entfielen Ende 2002 194.926 oder 38,7% auf den Bund, 214.758 Personen oder 42,7% auf die Bundesländer (einschließlich Wien) und 93.492 Personen oder 18,6% auf die Gemeinden (ohne Wien und einschließlich Gemeindeverbänden).

Tabelle 1: Personalkapazitäten der Gebietskörperschaften Ende 2002 laut Gebarungsübersichten

	Bund ^{1) 2)}		Länder ^{1) 3)}		Gemeinden ⁴⁾		Gesamt	
	Stand	%-Anteil	Stand	%-Anteil	Stand	%-Anteil	Stand	%-Anteil
Beamte	138.264	71,1	46.129	23,7	10.206	5,2	194.599	100,0
Vertragsbedienstete	55.399	26,0	93.871	44,1	63.537	29,9	212.807	100,0
Landeslehrer	-	-	74.758	100,0	-	-	74.758	100,0
Sonstige	1.263	16,0	-	-	6.625	84,0	7.888	100,0
Summe	194.926	39,8	214.758	43,8	80.368	16,4	490.052	100,0
Gemeindeverbände ⁴⁾	-	-	-	-	13.124	-	13.124	-
Insgesamt	194.926	38,7	214.758	42,7	93.492	18,6	503.176	100,0

1) Ist-Stände.

2) Einschließlich Beamten der Post AG/UB Post und Postauto, Telekom Austria AG, PTI und GIS.

3) Einschließlich Wien (ohne Wiener Stadtwerke), inklusive ausgegliederter Landeskrankenanstalten (61.276).

4) Vollzeitäquivalente.

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

2.1 Personalentwicklung des Bundes

Für die Analyse der Entwicklung der öffentlich Bediensteten des Bundes im Aktivstand konnte – im Gegensatz zu den anderen Gebietskörperschaften – auf eine für diesen Bereich speziell konzipierte Datenquelle, nämlich das Personalinformationssystem des Bundes (PIS), zurückgegriffen werden. Diese Datenquelle bietet ein sehr umfangreiches Informationsspektrum und deren Inhalte sind im „Personaljahrbuch des Bundes“⁷ statistisch aufbereitet und öffentlich zugänglich. Das Personaljahrbuch des Bundes enthält – in Bezug auf die Personalkapazitäten des Bundes – Informationen über den Beschäftigtenstand nach Art der Beschäftigtenverhältnisse, nach Berufsgruppen, nach Qualifikation und nach Altersgruppen sowie auch über atypische Beschäftigungsverhältnisse, wie beispielsweise freie Dienstverträge. Darüber hinaus steht die Zahl der Dienstzuteilungen an ausgegliederte Organisationseinheiten, im Personaljahrbuch als „Leihbeamte“ bezeichnet, zur Verfügung. Bei Ausgliederungen bleiben zwar die Beamten im Regelfall im Dienstverhältnis der Gebietskörperschaft und sind daher aus rechtlicher Sicht weiterhin Dienstnehmer der Gebietskörperschaft. Da jedoch die Personalkosten – abgesehen von Ausnahmefällen – von der ausgegliederten Einheit zur Gänze getragen werden, sind diese Bediensteten („Leihbeamte“) aus ökonomischer Sicht nicht mehr der Gebietskörperschaft zuzurechnen.

Trotz dieses breiten Informationsspektrums weist allerdings auch diese Datenquelle Schwächen auf. Die Veränderung des Personalstandes des Bundes infolge von Ausgliederungen ist anhand des Personaljahrbuches nicht direkt nachvollziehbar, da keine Informationen über den Rückgang anderer Beschäftigungsformen (v. a. von Vertragsbediensteten) auf Grund von Ausgliederungen bereitgestellt werden. Informationen über „Ausgliederungseffekte“ (Abbau von Bundesbediensteten – Leihbeamte und Vertragsbedienstete – durch Auslagerungen) konnten allerdings vom BMF für die Studie auf Basis der Datenbank PIS bereitgestellt werden (siehe Tabelle 2). In der Datenbank PIS grundsätzlich nicht enthalten sind Beschäftigtendaten der ausgegliederten Einheiten, wenn man von den Leihbeamten des Bundes absieht. Daten über den Beschäftigtenstand in den ausgegliederten Einheiten wären aber zumindest von jenen Organisationseinheiten von Interesse, die Zahlungsströme in Form von Zuschüssen und/oder Darlehensgewährungen und/oder Beteiligungen vom Bund erhalten.

Die Analyse über die Beschäftigung der im Aktivstand des Bundes stehenden Bediensteten konzentriert sich im Folgenden auf die Gesamtentwicklung, die Ausgliederungseffekte und auf die strukturellen Entwicklungen nach Berufsgruppen.

2.1.1 Gesamtentwicklung

Der Bund reduzierte in den letzten Jahren seinen Beschäftigtenstand in höherem Umfang als die anderen gebietskörperschaftlichen Ebenen. Der Personalstand des Bundes im Jahresdurchschnitt ist von 1997 bis zum Jahr 2002 um 10.549 Vollzeitäquivalente (VZÄ) (davon 5.096 durch Ausgliederungen) gesunken. Dies bedeutet, dass Auslagerungen von Leistungen zu etwas weniger als die Hälfte für den Beschäftigtenrückgang verantwortlich waren und sich der Personalstand des Bundes unter Einbeziehung der in ausgegliederten Einheiten tätigen Bediensteten⁸ vergleichsweise stark vermindert hat (Veränderung 2002/97: -5.453 VZÄ). Der Rückgang des Personalstandes des Bundes (ohne Bedienstete in ausgliederten Einheiten) wurde vorrangig

⁷ BKA, Personaljahrbuch 20..., Daten und Fakten des Bundes.

⁸ Hier näherungsweise durch Kumulierung der Ausgliederungseffekte seit 1997 ermittelt (Beschäftigtenstand zum Zeitpunkt der Ausgliederung). Einzelrecherchen in Bezug auf die Entwicklung des Beschäftigtenstandes in den ausgegliederten Einheiten des Bundes lassen erkennen, dass sich der Beschäftigtenstand in den ausgegliederten Organisationseinheiten in den letzten Jahren in Summe – angesichts divergierender Verläufe – nicht stark verändert haben dürfte.

durch die Nichtnachbesetzung des natürlichen Abgangs und in geringerem Umfang durch vorzeitige Pensionierungen erzielt.⁹

Tabelle 2: Stand der öffentlich Bediensteten des Bundes 1997 bis 2002 (VZÄ im Jahresdurchschnitt)

VZÄ (Jahresdurchschnitte)	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Δ 02/97
Bund (ohne Ausgliederungen) ¹⁾	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992	-10.549
Ausgliederungseffekte pro Jahr ²⁾	657	0	679	1.349	908	2.160	-
Ausgliederungseffekte kumuliert	657	657	1.336	2.685	3.593	5.753	5.096
Bund einschließl. Ausgliederungen	167.198	166.942	166.860	166.109	163.589	161.745	-5.453
Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Δ 02/97
Beamte	115.530	114.910	114.068	112.360	109.594	107.007	-8.523
Vertragsbedienstete	50.434	50.704	50.493	50.004	49.475	48.228	-2.206
Kollektivverträge	46	13	14	10	10	10	-36
Sonstige ³⁾	531	658	949	1.050	917	748	217
Insgesamt	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992	-10.549

1) Bund UT0 (ohne Bundesbetriebe und sonstige rechtlich selbstständige Organisationseinheiten (Bundestheater, PTA etc.); ohne Parlamentsdirektion sowie ohne Leihbeamte (Dienstzuteilungen) und Sondervertragsformen (freie Dienstverträge, Praktikanten, Zeitsoldaten).

2) Abbau von Bundesbediensteten (Leihbeamte und Vertragsbedienstete) durch Auslagerungen von Leistungen in selbstständige Organisationseinheiten im jeweiligen Jahr und durch Vorruhestandsmodelle (2002).

3) Vor allem befristete Verträge und EDV-Sonderverträge.

Quelle: BKA: Personaljahrbuch des Bundes und BMF: PIS sowie eigene Berechnungen.

Der Redimensionierungsprozess fand innerhalb der gesamten Beobachtungsperiode statt und wurde im Zeitablauf zunehmend verstärkt. Lässt man die Bediensteten in den ausgegliederten Organisationseinheiten außer Acht (Bund ohne Ausgliederungen), so verminderte sich der Beschäftigtenstand am Anfang der Beobachtungsperiode um 256 VZÄ (Veränderung 98/97) und 2002 gegenüber dem Vorjahr um 4.004 VZÄ. Der Beschäftigtenstand des Bundes (ohne Ausgliederungen) betrug zuletzt rund 156.000 (Jahresdurchschnitt 2002 in VZÄ).

Folgende Ausgliederungen hatten seit 1997 Auswirkungen auf den Personalstand des Bundes¹⁰:

- 1997 Bundesrechenzentrum GmbH
ÖFPZ Arsenal GmbH
Österreichische Bundesforste
Österreichische Postsparkassen AG
- 1998 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften GmbH
Kunsthistorisches Museum
- 1999 Bundessporteinrichtungen GmbH
Umweltbundesamt GmbH
Bewährungshilfe
Bundestheaterholding GmbH
- 2000 Statistik Austria
Museum für Angewandte Kunst
Österreichische Galerie Belvedere

⁹ Für Lehrer gibt es seit 1997 die Möglichkeit, mit dem 55. Lebensjahr in Pension zu gehen (mit Pensionsabschlag). Zudem wurden Pensionierungsmodelle für Beamte ab dem 55. Lebensjahr geschaffen (2. Dienstrechtsnovelle 2001; BGBl. Nr. 155/2001).

¹⁰ Quelle: BKA, Personaljahrbuch 2002.

	Technisches Museum
	Graphische Sammlung Albertina
2001	Spanische Hofreitschule
	Bundesgestüt Piber
	Museum für Völkerkunde
	Österreichisches Theatermuseum
	Insolvenzausgleichsfonds
	Phonothek
	Bundesbaudirektion und Bundesgebäudeverwaltungen
2002	Banken- und Versicherungsaufsicht
	Museum für Moderne Kunst
	Nationalbibliothek
	AGES GmbH (Ernährungsagentur)

Öffentlich Bedienstete in Bundesbetrieben (Bundestheater¹¹) oder in sonstigen rechtlich selbstständigen Einrichtungen (Österreichische Bundesforste, Österreichische Postsparkassen AG) sind in Tabelle 2 innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraumes nicht inkludiert. Es handelt sich dabei um eine Umgliederung (Änderung der Rechtsform) und nicht um eine Ausgliederung im engeren Sinn.

2.1.2 Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen

Die beschäftigungsintensivsten Aufgabenbereiche beim Bund sind der „Verwaltungsdienst“ mit einem Anteil von in etwa 40% und einer Bedienstetenzahl von mehr als 60.000, die „Bundeslehrer“ mit einem Anteil von in etwa 23% und rund 36.000 Personen sowie der „Exekutivdienst“ mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung des Bundes (ohne Bedienste in ausgegliederten Einheiten) von beinahe 20% und in etwa 30.000 Bediensteten.

Tabelle 3: Zahl der öffentlich Bediensteten des Bundes nach Verwendungsart (ohne Bedienstete in ausgegliederten Organisationseinheiten)

Berufsgruppen	2000		2001		2002		Δ 02/00
	VZÄ	%-Anteil	VZÄ	%-Anteil	VZÄ	%-Anteil	VZÄ
Verwaltungsdienst	67.770	41,5	64.940	40,6	62.207	39,9	-5.563
Exekutivdienst	31.521	19,3	30.910	19,3	30.521	19,6	-999
Militärischer Dienst	13.828	8,5	13.781	8,6	13.532	8,7	-296
Richter/Staatsanwälte	2.304	1,4	2.292	1,4	2.291	1,5	-13
Krankenpflegedienst	645	0,4	663	0,4	593	0,4	-51
Hochschullehrer	9.219	5,6	9.457	5,9	9.194	5,9	-25
Bundeslehrer	36.553	22,4	36.508	22,8	36.378	23,3	-174
Sonstige	1.586	1,0	1.446	0,9	1.275	0,8	-311
Insgesamt	163.424	100,0	159.996	100,0	155.992	100,0	-7.432

Quelle: BMF: PIS und eigene Berechnungen.

Alle drei Bereiche weisen in den letzten Jahren zwar eine rückläufige Entwicklung auf, allerdings mit deutlich unterschiedlicher Dynamik. Während die Beschäftigtenzahl im Verwaltungsdienst markant gesunken ist (Veränderung 2002/00: -5.563 VZÄ), fiel bei den Bundeslehrern der Rückgang eher bescheiden aus (Veränderung 2002/00: -174 VZÄ). Gemessen an der Schülerzahl dürfte sich dennoch seit 2000 das

¹¹ Die Tabellen im Personaljahrbuch des Bundes enthalten unter dem Aggregat „Bund“ die Bediensteten in den Bundestheatern (Bundesbetrieb) bis zur Umgliederung - das heißt bis 2000 - mit einem Beschäftigtenstand von etwa 2.000 VZÄ (Zeitreihenbruch).

Betreuungsverhältnis (Schüler je Lehrer) erhöht haben.¹² Zudem wurde diese Berufsgruppe neben den Hochschullehrern von vornherein von den vorgesehenen Personaleinsparungen der Bundesregierung ausgenommen. Bei den Bediensteten im Exekutivdienst war ein relativ hoher Beschäftigungsrückgang zu beobachten (Veränderung 2002/00: -999 VZÄ), der nur zu einem sehr geringen Teil auf die Übertragung von Aufgaben¹³ – des Meldewesens (mit 1. März 2002) und des Fund- und Passwesens (mit 1. Februar 2003) – auch auf die Bürgermeister von Gemeinden, wo Bundespolizeibehörden bestehen, zurückzuführen sein dürfte.

Insgesamt zeigt sich bei der Entwicklung der Beschäftigten des Bundes, dass erhebliche Einsparungspotenziale – insbesondere im Bereich der Allgemeinen Verwaltung – auch tatsächlich lukriert werden können, sofern der politische Wille zur Redimensionierung der Beschäftigtenzahl (Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung, effizienzsteigernde Maßnahmen und Konzentrierung auf Kernaufgaben (Ausgliederungen)) vorhanden ist und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. So wurden seitens des Bundes mehrere Initiativen für eine generelle Verwaltungsmodernisierung gesetzt. Zu nennen sind dabei einerseits das „Reformprojekt-Arthur-Anderson – Impuls 01“, das Vorschläge zur Neugestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation, des IT-Einsatzes etc. ausarbeitete sowie eine gemeinsame Informationsplattform¹⁴ für Ressortprojekte erarbeitete, und andererseits der Ausbau des Controllings.

¹² Laut Leistungsbericht der österreichischen Bundesverwaltung 2003 (www.bmols.gv.at/verwaltungsreform) stieg das Schüler/Lehrerverhältnis in den allgemein bildenden höheren Schulen von 9,3 im Jahr 2000 auf 9,6 im Jahr 2002.

¹³ Näheres siehe Kapitel 2.4.

¹⁴ Als VerwaltungsInnovationsProgramm (VIP) bezeichnet.

2.2 Personalkapazitäten in den Bundesländern (ohne Wien)

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Struktur und Entwicklung der aktiv Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien). Als primäre Datenquelle dienten die Ergebnisse aus den Gebarungsübersichten (GBÜ) von ST.AT. Bei diesen Daten handelt es sich um besetzte Dienstposten (Ist-Stände) zum Jahresende, die innerhalb der VRV-Gruppen 0 bis 6¹⁵ verbucht sind. Die Gruppen 0 bis 6 decken die Hoheitsverwaltung einschließlich des Gesundheits- und Schulwesens ab. Hier nicht enthalten sind vor allem Dienstleistungen von wirtschaftlichen Unternehmungen der Länder (Gruppe 8). Allerdings wird diese Grenzziehung durch die Zunahme an Ausgliederungen zunehmend unscharf, wodurch Leistungsbereiche wie das personalintensive Spitalswesen je nach institutioneller Ausgestaltung und Verbuchungssumme sich in den Ergebnissen widerspiegeln oder auch nicht. Teilzeitbeschäftigte werden wie Vollzeitbeschäftigte gezählt; eine Adaptierung auf VZÄ erfolgt nicht. Darüber hinaus dürften die öffentlich Bediensteten in den selbstständigen Landesfonds als öffentlich Bedienstete der Länder gemeldet werden und hier in den Beschäftigtendaten der Länder inkludiert sein.

2.2.1 Gesamtentwicklung

Betrachtet man die **Entwicklung des Beschäftigtenstandes der Bundesländer (ohne Wien) insgesamt gemäß Gebarungsübersichten**, so zeigt sich, dass ein Rückgang des Beschäftigtenstandes ausschließlich im Jahr 2001 zu beobachten ist. Die deutliche Abnahme der Personalkapazitäten von Ende 2001 gegenüber Ende 2000 in Höhe von 8.384 ist in erster Linie auf die Ausgliederung der Oberösterreichischen Gesundheits- und Spitals-AG (GESPAG; -7.411 Personen) und nur in relativ geringem Umfang auf sonstige Personalreduktionen der Bundesländer (-972 Personen) zurückzuführen.

Tabelle 4: Stand der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien) Ende 1997 bis Ende 2002 (Jahresendstände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Δ 02/00
Beamte	20.522	20.528	20.384	20.005	18.716	18.510	-1.495
Vertragsbedienstete	67.384	67.092	68.030	68.722	62.575	63.335	-5.387
Summe	87.906	87.620	88.414	88.727	81.291	81.845	-6.882
Landeslehrer	63.823	64.926	65.071	64.810	63.863	63.788	-1.022
Insgesamt lt. GBÜ¹⁾	151.729	152.546	153.485	153.537	145.154	145.633	-7.904
dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften ²⁾	.	.	.	38.752	31.697	32.330	-6.422
Rückgänge infolge von Ausgliederungen von LK- Anstalten	-	-	-	-	7.411	7.371	-
Summe einschließlich aller LK-Anstalten³⁾	.	.	.	159.822	158.816	159.262	-560
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	114.785	113.457	113.303	-1.482

1) Gebarungsübersichten (GBÜ); ST.AT.

2) Ohne Kärntner und ab 2001 ohne Oberösterreichische Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

3) Einschließlich Kärntner (2000: 6.285, 2001: 6.251, 2002:6.258) und Oberösterreichische Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft (2001: 7.411; 2002: 7.371).

Quelle: Gebarungsübersichten, ST.AT, Geschäftsberichte und eigene Berechnungen.

Die Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG ist mit einem Marktanteil von knapp 50% Oberösterreichs größter Krankenhausträger und betreibt 13 Krankenhäuser, davon 9 Allgemeine Krankenhäuser und 4 Sonderkrankenhäuser. Mit Zuweisungsgesetz (LGBl. Nr. 81/2002) wurden die Landesbediensteten der Gesellschaft (rund 7.300 Mitarbeiter Ende 2001) zur Dienstleistung zugewiesen. Den Personalaufwand trägt die

¹⁵ Statistik Austria (2002) Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV), Arbeitsbehelf.

GESPAG. Allerdings leistet das Land Oberösterreich Gesellschafterzuschüsse für Investitionen und den laufenden Betrieb. Langfristige Finanzierungen über den Kapitalmarkt sind ausgeschlossen.

In diesem Zusammenhang hervorzuheben ist, dass auch alle anderen Bundesländer ihre Krankenanstalten in rechtlich selbstständige Einheiten übergeführt haben. Allerdings werden i. d. R. die Bediensteten dieser ausgegliederten Krankenanstalten weiterhin im Beschäftigtenstand des Landes laut GBÜ ausgewiesen. Nur die Bediensteten der Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft (KABEG) mit über 6.000 Personen, die bereits 1993 als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet wurde, sind in den Daten von ST.AT – analog zum Fall Oberösterreich – nicht enthalten.¹⁶

Lässt man die öffentlich Bediensteten in den ausgegliederten Landeskrankenanstalten außer Acht¹⁷, so ändert sich das Bild über die Entwicklung der Personalkapazitäten in den Bundesländern ein wenig. Seit Anfang 2001 zeigt sich ein rückläufiger Verlauf des Beschäftigtenstandes in den Bundesländern. Während Ende 2000 die Zahl der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und ohne Krankenanstalten) noch 114.785 erreichte, verminderte sich diese bis Ende 2002 um 1.482 auf 113.303 Personen.

2.2.2 Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen

Tabelle 5: Zahl der öffentlich Bediensteten der Bundesländer (ohne Wien) nach Verwendungsart (Jahresendstände)

Verwendungsart	2000		2001		2002	
	Ist-Stand	%-Anteil	Ist-Stand	%-Anteil	Ist-Stand	%-Anteil
Beamte	20.005	12,5	18.716	11,8	18.510	11,6
Vertragsbedienstete	68.722	43,0	62.575	39,4	63.335	39,8
Summe	88.727	55,5	81.291	51,2	81.845	51,4
Landeslehrer	64.810	40,6	63.863	40,2	63.788	40,1
Insgesamt lt. GBÜ	153.537	96,1	145.154	91,4	145.633	91,4
<i>dar.: ausgegliederte Landeskrankenanstaltenbetriebsgesellschaften</i>	38.752	24,2	31.697	20,0	32.330	20,3
<i>Nicht enthaltene Bedienstete in LK-Anstalten ¹⁾</i>	6.285	3,9	13.662	8,6	13.629	8,6
Summe einschließlich aller LK-Anstalten	159.822	100,0	158.816	100,0	159.262	100,0
Summe ohne LK-Anstalten	114.785	71,8	113.457	71,4	113.303	71,1
<i>dar.: "Allgemeine Verwaltung" - Summe abz. LK-Anstalten und ohne Landeslehrer</i>	49.975	31,3	49.594	31,2	49.515	31,1

1) Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft und ab 2001 Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG.
Quelle: Gebarungübersichten, ST.AT, Geschäftsberichte und eigene Berechnungen.

Die Struktur des Beschäftigtenstandes in den Bundesländern (ohne Wien) zeigt, dass das Schul- und Spitalswesen zu jenen Leistungsbereichen zählen, die die Gesamtentwicklung maßgeblich beeinflussen.

¹⁶ Zusätzlich anzumerken ist, dass die Art der Verbuchung des Beschäftigtenstandes (innerhalb oder außerhalb des Budgets) keinen Rückschluss zulässt, wer den Personalaufwand für die Bediensteten in den ausgegliederten Krankenanstalten trägt. Auch bei jenen Bundesländern, bei denen die Bediensteten der Krankenanstalten im Stand des Landes verbleiben, dürfte es zumeist so sein, dass der Personalaufwand nicht vom Land getragen wird. Allerdings sind finanzielle Beiträge der Bundesländer an die Krankenanstalten üblich (Zuschüsse, Darlehensgewährung).

¹⁷ Bei dieser Darstellung werden die Bediensteten der Landeskrankenanstalten herausgerechnet unabhängig davon, ob sie zu diesem Zeitpunkt bereits tatsächlich (das heißt rechtlich) in eine selbstständige Organisationsform übergeführt wurden oder nicht.

Von den öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und einschließlich aller Krankenanstalten) entfallen über 45.000 Personen oder über 28% auf **Beschäftigte in Landeskrankenanstalten**. Sowohl die Zahl als auch deren Anteil nimmt sukzessive zu. Vom Durchschnitt deutlich abweichende Krankenanstaltenquoten weisen die Bundesländer Steiermark (über 40%), Kärnten (in etwa 40%) und Niederösterreich¹⁸ (über 7%) auf. Die Zunahme der Beschäftigten in den ausgegliederten Krankenanstalten belastet die Länderbudgets zwar durchwegs nicht in Form von höheren Personalausgaben¹⁹, allerdings zumeist in Form von höheren Zuschüssen und/oder Darlehensgewährungen bzw. Beteiligungen. Darüber hinaus finanzieren sich einige der Landeskrankenanstalten in geringem Umfang auch durch Fremdmittelaufnahmen auf den Kapitalmärkten.²⁰

Der Anteil der **Landeslehrer** (Beamte und Vertragsbedienstete in den allgemein bildenden und berufsbildenden öffentlichen Pflichtschulen sowie den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen) an den öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und einschließlich aller Krankenanstalten) beträgt rund 40% bzw. in etwa 65.000 Personen. Die Bezüge der Landeslehrer werden für jene an den allgemein bildenden Pflichtschulen zu 100% und jene von den berufsbildenden und land- und forstwirtschaftlichen Schulen zu 50% vom Bund ersetzt. Bei der Zahl der Landeslehrer zeigt sich seit Ende 2000 ein rückläufiger Trend (Veränderung 2002/00: -1.022 Personen). Im Zuge der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2001 wurden mit den Ländern restriktivere Stellenplanrichtlinien für allgemein bildende Pflichtschulen schrittweise ab dem Schuljahr 2001/02 vereinbart, die diese rückläufige Entwicklung in Gang gesetzt haben dürften. Dennoch verringerte sich aber ab Ende 2000 die Zahl der Landeslehrer gemessen an der Schüleranzahl nicht. Auf Basis der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) publizierten Daten über die Schüleranzahl und jenen in den Gebarungsübersichten ausgewiesenen Daten über die Zahl der Landeslehrer (ohne Wien) ergibt sich ein Schüler/Lehrerverhältnis zwischen 10,5 (1998) und 10,7 (1997 und 2001). Dies bedeutet, dass auf einen Landeslehrer durchschnittlich in etwa 11 Schüler entfallen. Zwar entspricht diese Kenngröße nicht der durchschnittlichen Klassengröße (Einsatz von zusätzlichen Lehrern, Lehrer für Spezialfächer, Lehrer mit Verwaltungsagenden etc.), dennoch signalisiert diese niedrige Quote Einsparungspotenzial.²¹ Die niedrigsten Schüler/Lehrerverhältnisse sind in den Bundesländern Burgenland und Kärnten zu verzeichnen.

Die **sonstigen Aufgabenbereiche** der Länder (allgemeine Verwaltung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kultur, soziale Wohlfahrt, Verkehr), die in Tabelle 5 als Untergruppe „**Allgemeine Verwaltung**“ ausgewiesen sind, werden mit einer Beschäftigtenzahl von beinahe 50.000 abgedeckt. Das entspricht einer Quote an den öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und einschließlich aller ausgegliederten Krankenanstalten) von rund 31%. In diesem Bereich wurde der Personalstand seit Ende 2000 ebenfalls geringfügig reduziert (-460 Personen). Für den rückläufigen Verlauf der öffentlich Bediensteten im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ waren die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg maßgeblich.

Einschränkend anzumerken ist allerdings, dass im Rahmen dieser Studie bei den Bundesländern (ohne Wien) ausschließlich die Ausgliederungseffekte der Landeskrankenanstalten separat identifiziert wurden. Weniger beschäftigungsintensive Ausgliederungen der Bundesländer wie die Errichtung von Landesimmobilien-gesellschaften oder die Auslagerung von Verwaltungsaktivitäten (Abwicklung der Wohnbauförderung, IT-

¹⁸ In Niederösterreich dominiert die Zahl der Gemeindespitäler.

¹⁹ Teilweise wird der Personalaufwand zwar budgetiert, die Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften refundieren jedoch i. d. R. diesen Aufwand.

²⁰ Siehe dazu Bericht über die öffentlichen Finanzen, Anhang A7 langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften.

²¹ Der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes „Besoldung der Landeslehrer“ kam unter anderem zu dem Schluss, dass durch Strukturreformen bei den Volksschulen, Vereinheitlichung der Klassengröße und durch Auflösen von „Lehrerreserven“ die Zahl der Landeslehrer bei den Bundesländern vermindert werden könnte. In: Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 2002, Reihe Burgenland, 2003/2.

Leistungen, Tourismus-Werbung) trugen allerdings ebenfalls zu dem Rückgang der Beschäftigung (Summe ohne LK-Anstalten) bei. Andererseits sind in den hier präsentierten Ergebnissen auch Dienstnehmer (vor allem Beamte) enthalten, die den ausgegliederten Einheiten zugeteilt sind und deren Personalkosten von der ausgegliederten Einheit getragen werden. Eine Betrachtung der Personalstandsentwicklung des Bereichs „Allgemeine Verwaltung“ unter Berücksichtigung der Ausgliederungen und Dienstzuteilungen würde daher vermutlich einen etwas höheren Rückgang des Beschäftigtenstandes ergeben. Ebenso wäre es leicht möglich, dass unter Berücksichtigung aller Ausgliederungen und Dienstzuteilungen neben den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg auch andere Bundesländer ihren Beschäftigtenstand im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ abgebaut haben.

2.3 Personalkapazitäten von Wien

Die Bundeshauptstadt Wien wird im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hier separat dargestellt, da sie sowohl typische länder- als auch gemeindespezifische Agenden umschließt und somit weder mit anderen großen österreichischen Städten noch mit den restlichen Bundesländern direkt vergleichbar ist. Die primären Datenquellen sowie der Aufbau der folgenden Tabellen entsprechen jenen der Bundesländer. Im Gegensatz zu den restlichen Bundesländern enthalten die Gebarungsübersichten von ST.AT bei Wien auch Bedienstete von „wirtschaftlichen Unternehmen (Gruppe 8 VRV)“. Ausgeklammert sind jedoch die Wiener Stadtwerke (Bestattung, Wienstrom, Wiengas, Wiener Linien, Wiener Stadtwerke Holding) mit einem Beschäftigtenstand in der Größenordnung von 12.800 Personen. Diese Bediensteten wurden auch in den folgenden Tabellen nicht aufgenommen.

2.3.1 Gesamtentwicklung

Tabelle 6: Stand der öffentlich Bediensteten von Wien Ende 1997 bis Ende 2002 (VZÄ)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Δ 02/00
Beamte	30.529	30.330	29.907	28.953	28.495	27.619	-1.334
Vertragsbedienstete	29.640	29.239	29.529	29.777	30.097	30.536	759
Summe	60.169	59.569	59.436	58.730	58.592	58.155	-575
Landeslehrer	10.551	10.654	11.432	11.125	11.552	10.970	-155
Insgesamt lt. GBÜ	70.720	70.223	70.868	69.855	70.144	69.125	-730
<i>dar.: ausgegliederte LK-Anstalten</i>	-	-	-	29.265	29.123	28.946	-319
<i>Rückgänge infolge d. Ausgliederung: Wiener Wohnen (2000) und Museen d. Stadt Wien (2002)</i>	-	-	-	601	599	719	-
Summe einschließlich Ausgliederungen	70.720	70.223	70.868	70.456	70.743	69.844	-612
Summe ohne Ausgliederungen	.	.	.	40.590	41.021	40.179	-411

Quelle: Gebarungsübersichten, ST.AT, Rechnungsabschlüsse von Wien und eigene Berechnungen.

Die **Entwicklung des Beschäftigtenstandes von Wien gemäß Gebarungsübersichten** ist innerhalb des Beobachtungszeitraumes durch Fluktuationen gekennzeichnet: Einem Rückgang folgt stets ein Zuwachs im darauf folgenden Jahr, wobei die Veränderung von 2000 gegenüber dem Vorjahr auf Grund der Ausgliederung von „Wiener Wohnen“ deutlicher ausfällt als in den Jahren zuvor. Auch die Einbeziehung der seit 2000 nicht mehr enthaltenen Bediensteten von „Wiener Wohnen“ und jenen in den Museen der Stadt Wien (ab 2002) ändert an dem Gesamtbild nichts, außer dass die Schwankungen abflachen. Insgesamt ist – zumindest bis Ende 2001 – keine starke Veränderung des Personalstandes über den Zeitablauf beobachtbar (Summe einschließlich Ausgliederungen: Ende 1997: 70.720 VZÄ; Ende 2001: 70.743 VZÄ). Im letzten Jahr der Beobachtungsperiode (2002) dürften allerdings Maßnahmen gesetzt worden sein, um den Stand an öffentlich Bediensteten in Wien zu vermindern. Die Personalkapazitäten von Wien gingen 2002 sowohl unter Einbeziehung der Bediensteten in den ausgegliederten Organisationseinheiten (-899 VZÄ oder -1,3%) als auch ohne den Ausgliederungen²² (-842 VZÄ oder 2,1%) vergleichsweise stark zurück.

²² Wiener Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen und die Museen der Stadt Wien.

2.3.2 Struktur der öffentlich Bediensteten und deren Entwicklungen

Die Struktur des Beschäftigtenstandes in Wien weicht naturgemäß von jenen der anderen Bundesländer ab: Während das Spitalswesen in Wien deutlich mehr Beschäftigte bindet als der Länderdurchschnitt (ohne Wien) (Krankenanstaltenquote 2002: Wien 41,4%; Bundesländer (ohne Wien): 28,9%), liegt der Anteil bei den Landeslehrern gemessen an den öffentlich Bediensteten von Wien deutlich unter jenem der anderen Bundesländer (Landeslehrerquote 2002: Wien 15,7%; Bundesländer (ohne Wien): 40,1%).

Tabelle 7: Zahl der öffentlich Bediensteten von Wien zum Jahresende nach Verwendungsart (VZÄ)

Verwendungsart	2000		2001		2002	
	VZÄ	%-Anteil	VZÄ	%-Anteil	VZÄ	%-Anteil
Beamte	28.953	41,1	28.495	40,3	27.619	39,5
Vertragsbedienstete	29.777	42,3	30.097	42,5	30.536	43,7
Summe	58.730	83,4	58.592	82,8	58.155	83,3
Landeslehrer (LL)	11.125	15,8	11.552	16,3	10.970	15,7
Insgesamt lt. GBÜ	69.855	99,1	70.144	99,2	69.125	99,0
<i>dar.: ausgegliederte Landeskrankenanstaltenbetriebsgesellschaften</i>	29.265	41,5	29.123	41,2	28.946	41,4
<i>Wiener Wohnen (WW) und Museen d. Stadt Wien (Mu)</i>	601	0,9	599	0,8	719	1,0
Summe einschl. LK-Anstalten, WW, Mu	70.456	100,0	70.743	100,0	69.844	100,0
Summe ohne Ausgliederungen	40.590	57,6	41.021	58,0	40.179	57,5
<i>dar.: "Allgemeine Verwaltung" - Summe abz. LK-Anstalten, WW, Mu und LL</i>	29.465	41,8	29.469	41,7	29.209	41,8

Quelle: Gebarungsübersichten, ST.AT, Rechnungsabschlüsse von Wien und eigene Berechnungen.

Bei der Zahl der **Landeslehrer** ist in Wien – im Gegensatz zu den restlichen Bundesländern – ein rückläufiger Verlauf erst 2002 zu verzeichnen (Veränderung 01/00: +427 VZÄ; 02/01: -582 VZÄ). Auch das Schüler/Lehrerverhältnis unterschreitet innerhalb der gesamten Beobachtungsperiode mit einer Quote von unter 10 den Länderdurchschnitt (ohne Wien) von weniger als 11. Die Schüleranzahl pro Landeslehrer nimmt tendenziell ab und erreicht im Jahr 2001 mit 9,2 den geringsten Wert.

Die in der Untergruppe „**Allgemeine Verwaltung**“ ausgewiesenen Leistungen (allgemeine Verwaltung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kultur, soziale Wohlfahrt, Verkehr) werden mit einer Beschäftigtenzahl von in etwa 29.500 VZÄ abgedeckt. Das entspricht einer Quote an den gesamten öffentlich Bediensteten in Wien (einschließlich der Ausgliederungen) von knapp unter 42%. In diesem Bereich wurde der Personalstand seit Ende 2000 geringfügig reduziert (-256 VZÄ). Auch hier zeigt sich, dass de facto die Personalreduktion erst 2002 erfolgte. Die Entwicklung des Personalstandes im Bereich der „Allgemeinen Verwaltung“ von Wien ist allerdings auch vor dem Hintergrund der Leistungsverchiebungen zwischen den Gebietskörperschaften im Zuge der Verwaltungsreformprojekte (Verwaltungsreformgesetz 2001) zu sehen. Diese Reorganisationen haben das Aufgabenspektrum insbesondere der Gemeinden mit Bundespolizeidirektionen – und somit auch in Wien – ausgeweitet (näheres siehe Kapitel 2.4). Insofern signalisiert der rückläufige Verlauf des Beschäftigtenstandes im Jahr 2002 zunehmende Sparanstrengungen.

2.4 Personalkapazitäten in den Gemeinden (ohne Wien)

Den Ausführungen zu den Personalkapazitäten der Gemeinden werden die Gebarungsübersichten von Statistik Austria zu Grunde gelegt, wobei eine Diversifikation nach Gemeindegrößenklassen (GK) vorgenommen wird. Die Zahl der Bediensteten auf kommunaler Ebene ist in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zum Jahresultimo dargestellt und entspricht der Summe der Beschäftigten über alle Voranschlagsgruppen gemäß VRV. Damit umfasst das Datenset auch die VA-Gruppe 8 (Dienstleistungen), wo die so genannten Gebührenhaushalte, sonstige dienstleistende Betriebe sowie Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit (Abschnitte 85-89), wie z. B. Kanalisation, Müllabfuhr, Wasserver- und -entsorgung, Immobilienverwaltung etc., ausgewiesen werden. Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit zählen im Sinne des ESGV (Quasi-Kapitalgesellschaften) nicht zum öffentlichen Sektor, sind aber hier enthalten und zählen zu den beschäftigungsintensiven Leistungsbereichen der Gemeinden.²³ Auf der Grundlage des verfügbaren Datensets ist eine separate Darstellung von Aus- und Umgliederungseffekten nicht möglich. Dennoch lässt sich in einzelnen Fällen zeigen, dass die Entwicklung der Personalkapazität nachhaltig durch Ausgliederungen (oder durch die unterschiedliche Behandlung institutioneller Einheiten während des Beobachtungszeitraumes) beeinflusst wurde und Brüche in den Zeitreihen demnach auf einen unterschiedlichen Erfassungsumfang beruhen.

Die Entwicklung des Personalstandes der Gemeinden ist auch im Lichte der Aufgabenwahrnehmung zu sehen, die in den letzten Jahren sukzessive ausgeweitet wurde. So bewirkte das „Verwaltungsreformgesetz 2001“ zahlreiche Gesetzesnovellen (z. B. Verwaltungsverfahren-, Verwaltungsstraf-, Forst- und Strahlenschutzgesetz), die das Aufgabenspektrum der Bezirksverwaltungen bzw. Statutarstädte merklich beeinflusst haben. Neue bzw. zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Gesetzesvollzuges umfassen z. B. die vermehrte Sachverständigenarbeit, die Abwicklung zusätzlicher Verfahren oder die Erteilung verschiedener neuer Bewilligungen. Auch wurden auf der Grundlage von Verwaltungsreformgesetzen die Agenden des Melde-, Pass- und Fundwesens im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeidirektion vom Bund zu den Gemeinden transferiert.²⁴ Das heißt, in Gemeinden mit Bundespolizeibehörden liegt seit 1. März 2002 das Meldewesen und seit 1. Februar 2003 das Pass- und Fundwesen im übertragenen Wirkungsbereich der Bürgermeister.

Die Personalkapazitäten der Gemeindeverbände werden in dieser Studie separat dargestellt, da die diesbezüglichen Informationen in den Gebarungsübersichten stark durch die jährliche Verbesserung der Erhebungsqualität geprägt sind. Außerdem sind Überschneidungen (Doppelzählungen) mit dem Personalstand der Gemeinden a priori nicht auszuschließen, da in der kommunalen Praxis mehrere unterschiedliche Aktivitäten (die teils der Gemeinde und teils den Gemeindeverbänden zugerechnet werden) oft nur von einer Person durchgeführt werden und eine entsprechend getrennte Erfassung nicht immer sichergestellt werden kann.

Die Einteilung nach Gemeindegrößenklassen erfolgt auf der Grundlage der Einwohnerzahl (EW), die im Rahmen der Volkszählung ermittelt wird. Demzufolge liefert die Volkszählung 1991 die Basis für den Beobachtungszeitraum 1997 bis 2001. Ab 2002 beruht die Einteilung der Gemeinden auf der Volkszählung 2001, wodurch statistisch begründete Brüche in den Zeitreihen unvermeidbar bleiben.²⁵

²³ Der Personalaufwand der marktbestimmten Betriebe betrug 2002 rund 250 Mio EUR; das sind rund 10% des Gesamtpersonalaufwandes der Gemeinden.

²⁴ Bestand zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verwaltungsreformgesetze in einer Gemeinde eine Bundespolizeidirektion (konkret in Eisenstadt, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Leoben, Linz, Salzburg, St. Pölten, Schwechat, Steyr, Villach, Wels, Wien und Wr. Neustadt), so oblagen die angesprochenen Agenden diesen Bundesbehörden. In allen anderen Gemeinden waren schon bisher die Bürgermeister für das Melde- und Fundwesen bzw. die Bezirksverwaltungsbehörden (Städte mit eigenem Statut) für das Passwesen zuständig.

²⁵ Konkret kam es in den folgenden Fällen zu Verschiebungen zwischen Gemeindegrößenklassen: Korneuburg (NÖ), St. Johann im Pg. und Wals-Siezenheim (jeweils Slbg) sowie Götzis (Vlbg) wurden, statt wie bisher in der GK 1, in der GK 2 erfasst; St. Pölten (NÖ) wurde der GK 3 zugeordnet (bisher GK 4).

In Tabelle 8 wird die Anzahl der Gemeinden (landesweise) nach 4 Größenklassen²⁶ für das Jahr 2002 dargestellt, wobei sich die Gesamtzahl der österreichischen Gemeinden in Höhe von 2.358 (ohne Wien) zuletzt im Jahr 1998 – infolge der Aufhebung einer Gemeindezusammenlegung²⁷ mit Wirkung vom 1. Jänner 1998, aus der die niederösterreichische Gemeinde Muckendorf-Wipfing hervorgegangen ist – geändert hat.

Tabelle 8: Anzahl der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen 2002

Bundesland	Gemeindegrößenklassen (GK)				Gesamt
	GK 1 bis 10.000 EW	GK 2 10.001 bis 20.000 EW	GK 3 20.001 bis 50.000 EW	GK 4 über 50.000 EW	
Burgenland	170	1	0	0	171
Kärnten	124	5	1	2	132
Niederösterreich	553	13	7	0	573
Oberösterreich	432	8	3	2	445
Salzburg	113	5	0	1	119
Steiermark	535	5	2	1	543
Tirol	272	6	0	1	279
Vorarlberg	87	6	3	0	96
Gesamt	2.286	49	16	7	2.358
Einwohner lt. VZ 2001	4.531.673	622.440	458.772	869.918	6.482.803

Quelle: Statistik Austria.

2.4.1 Gesamtentwicklung

Die Veränderung der Personalkapazität der österreichischen Gemeinden insgesamt fällt sehr moderat aus, vergleicht man den Anfang und das Ende des Beobachtungszeitraumes (Ende 1997: 80.565 VZÄ, Ende 2002: 80.370 VZÄ; siehe Tabelle 9). Allerdings unterliegt der Personalstand in der Periode von 1997 bis 2002 stets großen Schwankungen. So folgt dem Tiefpunkt im Jahr 1999 der personelle Höchststand auf kommunaler Ebene in Höhe von 81.734 VZÄ im Jahr 2000 (+1.862 VZÄ). Seither ist die Zahl der Gemeindebediensteten rückläufig, obwohl die laufende Umsetzung der zuletzt erfolgten Ausweitung des kommunalen Ausgabenspektrums genau in diesen zeitlichen Rahmen fällt.²⁸

Allerdings dürfte diese rückläufige Entwicklung gemäß den Ergebnissen von Statistik Austria primär Folge eines variierenden Erfassungsgrades aufgrund einer Ausgliederung sein. Würde man die Bediensteten des AKH Linz – in einer Größenordnung von rund 2.200 Bediensteten²⁹ – ab dem Jahr 2001 in den Ergebnissen weiterhin berücksichtigen, wäre der erwähnte Rückgang der Bediensteten auf kommunaler Ebene gegen Ende des Betrachtungszeitraumes nicht mehr feststellbar.

Zudem dürfte der Anstieg der Gemeindebediensteten im Jahr 2000 überzeichnet sein: Im Rahmen der Vertragsbediensteten bestimmt Niederösterreich die Gesamtentwicklung der Jahre 1999 und 2000, wobei der

²⁶ Zusätzlich werden im Tabellenanhang die Gemeinden bis 10.000 EW in 5 Größenklassen ausgewiesen.

²⁷ Diese Maßnahme führte konkret zu einer Ausweitung der Gemeindezahl innerhalb der GK 1, die allerdings erst ab dem Jahr 1999 im verwendeten Datenset Berücksichtigung findet.

²⁸ Würde man die knapp 2.500 Bediensteten des Gemeindepitals St. Pölten auch in den Jahren 1997 bis 1999 berücksichtigen (laut ST.AT., Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte: 2.383, 2.441 bzw. 2.465 Personen) – Näheres zu diesem Erfassungsmangel im Rahmen der Beschreibung zur Tabelle 9 –, ergäbe sich ab dem Jahr 1998 ein Rückgang bei der Zahl der Gemeindebediensteten insgesamt.

²⁹ Laut Jahresbericht des AKH Linz in den Jahren 2000: 2.150, 2001: 2.249 und 2002: 2.279 Beschäftigte (ohne Honorarkräfte, Lehrlinge und Zivildienstler).

sprunghafte Anstieg der Vertragsbediensteten im Jahr 2000 (+3.508) besonders herausragt. Dieser lässt sich zum Großteil auf Veränderungen im Personalstand St. Pöltens zurückführen. Die Erklärung liegt bei der erstmaligen Erfassung der Bediensteten des dortigen Gemeindespitals im Zuge der Umstellung auf eine elektronische Datenübermittlung an Statistik Austria. Die Beschäftigten des Krankenhauses sind allerdings immer im Dienste der Stadt St. Pölten gestanden (und dort im Personalstand der Gemeinde entsprechend geführt worden).

Tabelle 9: Zahl der Gemeindebediensteten zum Jahresende (VZÄ)

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	11.599	11.517	11.630	11.095	10.382	10.207
Vertragsbedienstete	59.614	61.254	60.095	63.603	63.741	63.537
Summe	71.212	72.771	71.725	74.699	74.123	73.744
Sonstige	9.353	8.638	8.147	7.035	6.753	6.626
Insgesamt	80.565	81.409	79.872	81.734	80.876	80.370
<i>Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)</i>						
Beamte	.	-82	113	-534	-713	-175
Vertragsbedienstete	.	1.641	-1.159	3.508	137	-203
Summe	.	1.559	-1.046	2.973	-576	-378
Sonstige	.	-715	-491	-1.111	-282	-128
Insgesamt	.	844	-1.537	1.862	-858	-506

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Insgesamt ergibt sich daraus, dass letztendlich statistische Unschärfen bei der Erfassung der Gemeindebediensteten sowie institutionelle Veränderungen – wie anhand der Beispiele der Gemeindespitäler St. Pölten und Linz deutlich sichtbar wurde – vorrangig für die Zu- bzw. Abnahmen der Gemeindebediensteten in Summe verantwortlich waren. Gesetzte Maßnahmen zur Veränderung des Personalstandes in den Gemeinden haben daher in den Jahren 1998 bis 2002 kaum eine Veränderung des Gesamtaggregates bewirkt. Aus der Betrachtung der Personalkapazität nach Gemeindegrößenklassen (siehe Tabelle 10) kann man allerdings gleichzeitig erkennen, dass die Veränderungen der Personalstände in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich bzw. gegenläufig (hinsichtlich Umfang und Zeitpunkt) waren und die Aggregatsbetrachtung naturgemäß keinen Rückschluss auf Einzelentwicklungen zulässt.

Generell ist eine Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse in Richtung **Vertragsbedienstete** zu beobachten, rückläufige Entwicklungen sind sowohl bei der Gruppe der sonstigen Dienstnehmer (insbesondere Saisonarbeitskräfte und Dienstnehmer in handwerklicher Verwendung)³⁰ als auch bei den Beamten zu beobachten. Die Rückführung der pragmatisierten Belegschaft hat auch auf kommunaler Ebene Einzug gehalten. Sofern der natürliche Abgang von **Beamten** kompensiert wird, erfolgt dies verbreitet durch Aufnahme von Vertragsbediensteten. Pragmatisierungen werden nur noch vereinzelt vorgenommen.

Der sukzessive Rückgang der **sonstigen Bediensteten** ist zum Teil auf Änderungen gesetzlicher Bestimmungen (Landes-Vertragsbedienstetengesetze) zurückzuführen, die eine Umwandlung von Dienstverhältnissen nach sich gezogen haben. Durch die Neudefinition sonstiger Dienstverhältnisse werden beispielsweise in Tirol nur noch jene Beschäftigten in dieser Kategorie geführt, die weniger als 6 Monate/Jahr bei der Gemeinde beschäftigt sind und/oder unter 30% ihrer Einkünfte von der Gemeinde beziehen. Da die Beurteilung und Bewertung der einzelnen Dienstverhältnisse aufwändig ist, werden auch noch in den Folgejahren nach in-Kraft-Treten der

³⁰ In der Praxis sind in dieser Kategorie zum Teil auch Saison- und Kurzarbeitskräfte zu finden, die allerdings im Sinne der VRV – wo von ständig sonstigen Bediensteten die Rede ist – nicht einzurechnen wären.

rechtlichen Bestimmungen laufend Übertritte in den Status eines Vertragsbediensteten vollzogen, wodurch die Abnahme der sonstigen Bediensteten verstetigt wird.

Tabelle 10: Zahl der Gemeindebediensteten nach Größenklassen zum Jahresende (VZÄ)

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GK 1 - bis 10.000 EW	40.257	41.221	41.430	40.944	41.886	41.858
GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	9.439	9.721	9.710	9.444	10.330	9.818
GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	10.994	10.470	9.292	9.147	9.373	12.352
GK 4 - über 50.000 EW	19.875	19.997	19.440	22.199	19.286	16.342
Insgesamt	80.565	81.409	79.872	81.734	80.876	80.370
<i>Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)</i>						
GK 1 - bis 10.000 EW	.	964	209	-486	942	-28
GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	.	282	-11	-266	886	-512
GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	.	-524	-1.178	-145	226	2.979
GK 4 - über 50.000 EW	.	122	-557	2.759	-2.913	-2.944
Insgesamt	.	844	-1.537	1.862	-858	-506

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

In Bezug auf die Entwicklung der Zahl der **Gemeindebediensteten nach Größenklassen** ergibt sich folgendes Bild:

Die Entwicklung des Personalstandes in der **GK 1** – jener Größenklasse, die rund die Hälfte aller Gemeindebediensteten abdeckt – zeichnet sich durch eine tendenzielle Zunahme aus, wobei gegen Ende der Beobachtungsperiode die Zahl der Bediensteten stagniert. Im Detail fällt insbesondere die Entwicklung der Zahl der Vertragsbediensteten in den Jahren 1998 (+1.080 VZÄ) und 2001 (+1.265 VZÄ) auf, wobei im ersten Fall Salzburg und Oberösterreich, im zweiten Fall Salzburg und die Steiermark das Ergebnis stark beeinflussen.

Die Zahl der Gemeindebediensteten in der **GK 2** ist durch jährliche Schwankungen charakterisiert, wobei sich kaum ein bedeutender Einfluss auf die Gesamtentwicklung ableiten lässt. Einzig die Veränderung der Anzahl der Vertragsbediensteten im Jahr 2001 in Höhe von +939 VZÄ (Niederösterreich: +920 VZÄ) sticht hervor.

Die **GK 3** zeigt im Rahmen der Entwicklung des Personalstandes folgendes Bild: Bis zum Jahr 2000 geht die Zahl der Bediensteten sukzessive zurück, wobei insbesondere im Jahr 1999 ein starker Rückgang an Vertragsbediensteten (-898 VZÄ) – dabei ist wiederum Niederösterreich ausschlaggebend – zu Buche schlägt. Ab dem Jahr 2001 nimmt die Zahl der Bediensteten wieder zu, wobei das Jahr 2002 (+2.566 VZÄ) durch die Reklassifikation St. Pöltens, die auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 2001 erfolgte, wesentlich bestimmt ist.

Die Beschäftigungsentwicklung in der **GK 4** ist vor allem ab dem Jahr 2000 durch gravierende Fluktuationen gekennzeichnet. In dieser Größenklasse scheinen im Jahr 2000 (+3.208 VZÄ) und 2001 (-2.213 VZÄ) herausragende Veränderungen im Rahmen der Vertragsbediensteten auf. Verantwortlich dafür dürfte zum einen St. Pölten (2000) sein – siehe obige Erklärung – zum anderen die oberösterreichische Stadt Linz (2001), wo ab dem Jahr 2001 das Personal des Allgemeinen öffentlichen Krankenhauses (AKH Linz) nicht mehr im Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt angeführt (Ausgliederung als Unternehmen laut Statut) und folglich in den Ausführungen auch nicht mehr erfasst wird. Entsprechend spiegelbildlich zur GK 3 stellt sich das Jahr 2002 (-2.918 Vertragsbedienstete) infolge der neuen Zuordnung St. Pöltens dar.

Am Beispiel des Jahres 2001 wird die Wichtigkeit einer detaillierten Betrachtung transparent: Auf der Grundlage der Tabelle 9 hat sich die Anzahl der Vertragsbediensteten gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Allerdings wird der bestehende Erklärungsbedarf transparent, wenn man die gegenläufige Entwicklung zwischen einigen Gemeindegrößenklassen erkennt: Die Vertragsbediensteten der GK 1 und GK 2 legten um insgesamt +2.204 VZÄ zu, die Zahl der Vertragsbediensteten in der GK 4 nahm hingegen um -2.231 VZÄ ab.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gesamtentwicklung der kommunalen Personalkapazität wesentlich durch die GK 4 geprägt ist und deren Volatilität durchschlägt. Angesichts der umfangreicheren organisatorischen Strukturen großer Gemeinden besteht höheres Veränderungs- bzw. Restrukturierungspotenzial, das auch vermehrt ausgeschöpft wird. Zudem muss eine „kritische“ Menge an Bediensteten existieren, um spürbaren Einfluss auf das Aggregat der Gemeindebediensteten nehmen zu können. Kleinere Gemeinden sind hingegen durch eher stabile Beschäftigungsstrukturen charakterisiert, die kaum Spielraum für gravierende Veränderung der Kopfzahl bieten. Durch die Vielzahl der bestimmenden Einflüsse ist eine allgemeingültige Interpretation der jeweiligen Entwicklungen durch eine Gesamtbetrachtung nur schwer möglich. Bedeutende Veränderungen kompensieren sich und gehen folglich in der Gesamtdarstellung verloren.

2.4.2 Gemeindeverbände

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf alle Verbände, die im Rahmen der Gebarungsübersichten erhoben werden. Um der unterschiedlichen sektoralen Zugehörigkeit der einzelnen Verbandstypen Rechnung zu tragen, werden die Bediensteten der Schulgemeindeverbände gesondert ausgewiesen.

Im Sinne der VGR werden einzig die Schulgemeindeverbände noch dem Sektor Staat zugerechnet³¹. Sie finanzieren ihren Haushaltsbedarf – auf der Grundlage landesgesetzlicher Regelungen – über Umlagen oder Betriebsbeiträge. Alle anderen Verbände (Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit etc.), die zum Teil auf Basis des Wasserrechtsgesetzes bzw. durch Landesgesetze geregelt sind, decken ihren Finanzbedarf durch Gebühreneinnahmen, Leistungserlöse, Gemeindeumlagen und Mitgliedsbeiträge sowie sonstige Transferzahlungen von Gebietskörperschaften. Dadurch sind sie in der Lage, mehr als 50% ihrer Produktionskosten (Personalaufwand, Vorleistungen, Produktionsabgaben etc.) durch eigene Einnahmen abzudecken und werden im Sinne der VGR folglich zu den Marktproduzenten gerechnet.

Die Tabelle 11 zeigt die Veränderung der Zahl der Gemeindeverbände zwischen 1997 und 2002, die zum Großteil infolge der Verbesserung der Erhebungsqualität erklärbar ist. Allein im Jahr 2001 wurden gegenüber dem Vorjahr um 277 Verbände mehr erfasst. Demzufolge muss davon ausgegangen werden, dass auch die dargestellte Entwicklung der Bediensteten der Gemeindeverbände erheblich von der Erhöhung des Erfassungsgrades beeinflusst wird.

³¹ Die sektorale Zuordnung der Sozialhilfeverbände zu Marktproduzenten gilt ab 2001, eine rückwirkende Reklassifizierung erfolgte nicht.

Tabelle 11: Zahl der Gemeindeverbände 1997 und 2002

Gemeindeverbände	Bglđ		Ktn		NÖ		OÖ		Sbg		Stmk		T		Vlbg		Gesamt		
	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	
Schulen	0	0	8	8	366	397	0	0	0	0	0	0	26	27	10	14	410	446	
Sozialhilfe	0	0	8	8	0	0	15	15	0	0	16	16	0	0	0	0	39	39	
Wasser	7	8	6	7	14	16	13	16	5	6	16	22	3	5	2	5	66	85	
Umwelt	16	22	11	17	74	96	53	77	23	23	55	82	53	56	3	12	288	385	
Gesundheit	45	43	0	0	3	3	0	0	12	0	0	0	9	8	2	3	71	57	
Sonstige	6	10	0	1	25	234	0	6	22	21	3	9	32	30	45	47	133	358	
Gesamt	74	83	33	41	482	746	81	114	62	50	90	129	123	126	62	81	1.007	1.370	
<i>Veränderung der Zahl der Gemeindeverbände zwischen 1997 und 2002 (absolut)</i>																			
Schulen	0	0	0	0	31	0	0	0	0	0	0	0	1	1	4	4	36	36	
Sozialhilfe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Wasser	1	1	1	1	2	2	3	3	1	1	6	6	2	2	3	3	19	19	
Umwelt	6	6	6	6	22	22	24	24	0	0	27	27	3	3	9	9	97	97	
Gesundheit	-2	-2	0	0	0	0	0	0	-12	-12	0	0	-1	-1	1	1	-14	-14	
Sonstige	4	4	1	1	209	209	6	6	-1	-1	6	6	-2	-2	2	2	225	225	
Gesamt	9	9	8	8	264	264	33	33	-12	-12	39	39	3	3	19	19	363	363	

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Zahl der Bediensteten der Gemeindeverbände zum Jahresende (VZÄ)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Burgenland	268	286	308	309	331	336
Kärnten	651	655	722	777	779	831
Niederösterreich	2.723	2.707	2.833	2.837	3.007	3.425
Oberösterreich	2.723	2.524	2.841	2.969	3.095	3.156
Salzburg	282	238	287	308	387	397
Steiermark	323	413	729	746	690	930
Tirol	3.714	3.472	3.608	3.820	3.829	3.896
Vorarlberg	74	78	125	143	141	153
Gesamt	10.757	10.375	11.451	11.910	12.259	13.123
<i>davon: Schulverbände</i>	<i>1.352</i>	<i>1.287</i>	<i>1.356</i>	<i>1.335</i>	<i>1.389</i>	<i>1.663</i>
<i>Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)</i>						
Burgenland	.	18	21	2	22	5
Kärnten	.	5	66	55	2	52
Niederösterreich	.	-16	126	4	170	418
Oberösterreich	.	-199	317	128	126	60
Salzburg	.	-44	49	22	78	10
Steiermark	.	90	315	17	-56	240
Tirol	.	-242	135	213	8	67
Vorarlberg	.	4	47	19	-3	13
Gesamt	.	-382	1.077	459	348	865
<i>davon: Schulverbände</i>	.	<i>-65</i>	<i>69</i>	<i>-20</i>	<i>54</i>	<i>274</i>

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Auch wenn die Entwicklung der Zahl der Bediensteten im Rahmen der Gemeindeverbände (siehe Tabelle 12) kaum Aussagekraft besitzt, kann man zumindest die Bedeutung der Gemeindeverbände anhand der absoluten Höhe der personellen Ressourcenausstattung erkennen. Mit mehr als 13.000 VZÄ im Jahr 2002 umfassen die Gemeindeverbände 14% aller Beschäftigten auf kommunaler Ebene (unter der Annahme, dass keine Doppelzählungen erfolgen).

2.4.3 Ursachen für Veränderungen der Personalkapazität (landesweise)

In diesem Abschnitt werden auf disaggregierter Ebene (Darstellung der Gemeinden landesweise und nach Größenklassen) die wichtigsten Entwicklungen – sofern sie im Zuge der Recherchen geklärt werden konnten – erläutert.

Die Entwicklung der Personalkapazität in den **Kärntner Gemeinden** ist generell als sehr moderat einzustufen, allerdings konnten die identifizierten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr seitens der Gemeindeaufsichtsbehörde nicht bestätigt werden. Ihren Aufzeichnungen zufolge bleibt zwar die Zahl der Beschäftigten über den Beobachtungszeitraum ebenso nahezu konstant, allerdings fallen die jährlichen Veränderungen bedeutend geringer aus. Mögliche Ursachen für Schwankungen im verwendeten Datenset könnten darin bestehen, dass der Ausweis der Saisonbediensteten für Kärntner Gemeinden (zur Sicherstellung einer homogenen Erfassung) gesetzlich neu geregelt wurde, dass in Klagenfurt eine Systemumstellung bei der Erfassung von Planstellen (Köpfe anstelle von Arbeitsstunden) erfolgte oder dass die Datenübermittlung/-verarbeitung fehlerhaft erfolgte.

In den **Gemeinden Niederösterreichs** bestimmen Aus- und Umgliederungen im Bereich des Spitalswesens, das in Niederösterreich zum Großteil auf kommunaler Ebene angesiedelt ist, die Gesamtentwicklung. Mit Beginn des Jahres 2000 erfolgte die Ausgliederung der Krankenanstalten der Gemeinden Horn, Eggenburg und Allentsteig, wobei das Personal zunächst dem neuen Krankenanstaltenverband zur Dienstleistung zugewiesen wurde. Ab 1. Juli 2002 wurde der vollständige Wechsel zum Krankenanstaltenverband Waldviertel (per Landesgesetz) vollzogen, wovon rund 800 Vertragsbedienstete betroffen waren. Allerdings werden weder im Jahr 2000 noch im Jahr 2002 diese personellen Veränderungen im zu Grunde gelegten Datenset (GK 1) transparent. Mit Beginn des Jahres 2002 wurden die Krankenanstalten Korneuburg und Stockerau in den Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau (Humanis Klinikum Niederösterreich) ausgegliedert. Davon waren rund 500 Vertragsbedienstete betroffen, die etwa die Hälfte des Rückganges in der GK 2 im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr erklären. Generell ist ein Teil der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf den unterschiedlichen Erfassungsumfang von Jahr zu Jahr erklärbar. Das auffälligste Beispiel sind die Bediensteten des Spitals St. Pölten, die erst ab dem Jahr 2000 aufscheinen, obwohl die knapp 2.500 Beschäftigten während der gesamten Beobachtungsperiode im Dienste der Gemeinde standen.

Die auffälligste Entwicklung im Rahmen der Personalkapazität **Oberösterreichischer Gemeinden** wurde in der GK 4 (Linz und Wels) festgestellt. Dort nahm im Jahr 2001 die Zahl der Bediensteten gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 2.677 VZÄ ab. Dies dürfte vor allem darauf zurück zu führen sein, dass ab dem Jahr 2001 das Personal des Allgemeinen öffentlichen Krankenhauses der Stadt Linz (AKH Linz) nicht mehr im Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt angeführt wird (Ausgliederung aus dem Budget als Unternehmen laut Statut).

Die Zahl der pragmatisierten Bediensteten ist in den **Salzburger Gemeinden** wesentlich durch die Landeshauptstadt Salzburg bestimmt und schwankt jährlich, je nach dem, ob Ruhestandsversetzungen oder Neupragmatisierungen die Oberhand behielten, wobei generell nur in der GK 1 keine neuen Pragmatisierungen erfolgten. Der jährliche, jedoch moderate Zuwachs³² an Gemeindebediensteten insgesamt wird in diesem Bundesland auf zwingende Personalerfordernisse in den Alten- und Pflegeheimen sowie in den Kindergärten zurückgeführt.

Der jährliche Rückgang der Beamten in den **Tiroler Gemeinden** ist ausschließlich auf Pensionierungen zurückzuführen, wobei im Vorfeld von angekündigten Pensionsreformen vermehrt Überleitungen in den Ruhestand sichtbar werden. Zudem werden kaum noch Pragmatisierungen genehmigt. Die Zahl der sonstigen Dienstnehmer geht ebenfalls sukzessive zurück, da im Jahr 1998 ein neues Vertragsbedienstetengesetz in Kraft getreten ist, wodurch eine umfangreiche Umwandlung sonstiger Dienstverhältnisse eingesetzt hat. Als sonstige Bedienstete werden nunmehr jene geführt, die weniger als 6 Monate/Jahr bei der Gemeinde beschäftigt sind und/oder unter 30% ihrer Einkünfte von der Gemeinde beziehen. Im Jahr 2001 ist ein Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz in Kraft getreten (im Wesentlichen wurde das Bundes-Vertragsbedienstetengesetz übernommen), das eine schärfere Abgrenzung brachte, die nochmals vermehrt zu Überleitungen in den Status eines Vertragsbediensteten führte. Da nicht alle betroffenen Verträge sofort ermittelt werden konnten, wurde ein Teil erst in den Folgejahren dem neuen rechtlichen Rahmen angepasst, wodurch der permanent hohe Rückgang über den gesamten Beobachtungszeitraum hindurch erklärt werden kann. Die jährliche Zunahme des Personalstandes der Vertragsbediensteten übersteigt allerdings stets den Rückgang der sonstigen Bediensteten, sodass zeitweise sogar die Zahl der Tiroler Gemeindebediensteten gestiegen ist (1998 und 2001). Ausgliederungen sind in Tirol bei der Erklärung von Veränderungen der kommunalen Personalkapazität von geringer Bedeutung bzw. Wirkung. Die letzte in diesem Sinne bedeutsame Ausgliederung liegt schon 10 Jahre zurück (Innsbrucker Kommunalbetriebe im Jahr 1994).

³² Gemäß den Gebarungübersichten ging der Personalstand im Jahr 2000 vorübergehend um 663 VZÄ (vorwiegend Vertragsbedienstete in der GK 1) zurück, was allerdings von der Landesaufsichtsbehörde nicht bestätigt werden konnte.

Der tendenzielle Rückgang der Zahl der Gemeindebediensteten seit dem Jahr 2000 wird in **Vorarlberg** durch die vermehrte Überführung von Alters- und Pflegeheimen in den privaten Sektor (Gründung von Gesellschaften mbH oder Übernahme durch gemeinnützige Institutionen) verstärkt, indem das Personal mittransferiert wird. Zudem werden ab dem Jahr 2001 die Mitarbeiter auf Sozialstellen und Aushilfen (zusammen rund 20 VZÄ) nicht mehr berücksichtigt. Auffällige Schwankungen werden nur in der GK 3, die die Gemeinden Bregenz, Dornbirn und Feldkirch umfasst, verzeichnet. Diese sind aber nur auf Änderungen der Verbuchungspraxis seitens ST.AT in den Jahren 2000 und 2001 zurückzuführen und bewirken lediglich eine Verschiebung zwischen den sonstigen Arbeitnehmern und den Vertragsbediensteten. Veränderungen mit nennenswerter Wirkung auf den Personalstand der Vorarlberger Gemeinden sind erst ab dem Jahr 2003 zu erwarten, da die Gemeindespitäler Bludenz und Hohenems (einschließlich Personal) dem Land Vorarlberg übergeben worden sind.

2.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

2.5.1 Allgemeine Aspekte

- Die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten wird von allen gebietskörperschaftlichen Ebenen erheblich beeinflusst. Von den 503.176 öffentlich Bediensteten entfielen Ende 2002 38,7% auf den Bund, 42,7% auf die Bundesländer (einschließlich Wien) und 18,6% auf die Gemeinden (ohne Wien und einschließlich Gemeindeverbänden). Bestrebungen zur Redimensionierung der Zahl der öffentlich Beschäftigten sollten daher grundsätzlich bei allen Gebietskörperschaften ansetzen und durch Verwaltungs- sowie Aufgabenreformen unterstützt werden.
- Die öffentlich zugänglichen statistischen Informationen über die Personalkapazitäten der Länder und Gemeinden sind für eine zielgerichtete Steuerung der Personalkapazitäten sowie für die Generierung von outputorientierten Leistungsindikatoren unzureichend (Mangel an Detaillierungsgrad (insbesondere nach Leistungsbereichen), unterschiedliche Verbuchungssusancen, divergierende Abgrenzung des Erhebungsumfanges, keine (bzw. keine ausreichenden) Informationen über Ausgliederungseffekte).
- Sektorale Vergleiche zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden zusätzlich durch unterschiedliche Maßeinheiten (VZÄ, Köpfe) und durch unterschiedliche Verbuchungsvarianten, insbesondere bei Aus- und Umgliederungen, erschwert (eine Übersicht über methodisch-statistische Unterschiede im Datenset befindet sich im Anhang 5.2). Darüber hinaus fanden seit 2001 Verschiebungen im Bereich der Aufgabenwahrnehmung vom Bund zu den Ländern und Gemeinden statt. Ihre Auswirkungen auf den Beschäftigtenstand der jeweiligen Gebietskörperschaft konnten nicht konkret spezifiziert werden, dürften aber im Regelfall die Entwicklung nicht markant beeinflusst haben.
- Eine Bereinigung der Zeitreihenbrüche auf Basis von Recherchen, wie im Rahmen der Studie versucht wurde, ist extrem aufwändig und nur begrenzt machbar. Für die Bundesländer und Gemeinden stehen weder Auflistungen über Ausgliederungsmaßnahmen, noch Informationen über die Bediensteten in den ausgegliederten Einheiten zur Verfügung (auch liegen Geschäftsberichte nicht für alle Einheiten vor). Das Personalinformationssystem des Bundes verfügt ebenfalls über keine Informationen über die Beschäftigungsentwicklung in den ausgegliederten Organisationseinheiten.
- Am Beispiel des Bundes ist ersichtlich, dass bestehende Einsparungspotenziale – insbesondere im Bereich der Allgemeinen Verwaltung – auch tatsächlich lukriert werden können, sofern der politische Wille zur Redimensionierung der Beschäftigtenzahl (Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung, effizienzsteigernde Maßnahmen und Konzentration auf Kernaufgaben (Ausgliederungen)) vorhanden ist und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

2.5.2 Entwicklung der öffentlich Bediensteten beim Bund

- Der Bund reduzierte in den letzten Jahren seinen Beschäftigtenstand in höherem Umfang als die anderen gebietskörperschaftlichen Ebenen. Der Personalstand des Bundes ist von 1997 bis zum Jahr 2002 um 10.549 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Jahresdurchschnitt (davon 5.096 durch Ausgliederungen) gesunken. Dies bedeutet, dass Auslagerungen von Leistungen zu etwas weniger als die Hälfte für den Beschäftigtenrückgang verantwortlich waren und sich der Personalstand des Bundes unter Einbeziehung der in ausgliederten Einheiten tätigen Bediensteten vergleichsweise stark vermindert hat (Veränderung 2002/97: -5.453 VZÄ; Veränderung: 2002/00: -4.364 VZÄ).

- Der Rückgang des Personalstandes des Bundes wurde innerhalb der Beobachtungsperiode vorrangig durch die Nichtnachbesetzung des natürlichen Abgangs und in geringerem Umfang durch vorzeitige Pensionierungen erzielt.
- Die Betrachtung einzelner Berufsgruppen im Bundesdienst zeigt, dass insbesondere die Zahl der Beschäftigten im Verwaltungsdienst markant (Veränderung 2002/00: -5.563 VZÄ), aber auch jene im Exekutivdienst gesunken ist. Bei den Bundeslehrern fiel der Rückgang eher bescheiden aus (Veränderung 2002/00: -174 VZÄ). Gemessen an der Schülerzahl dürfte sich dennoch seit 2000 das Betreuungsverhältnis (Schüler je Lehrer) erhöht haben. Zudem wurde diese Berufsgruppe neben den Hochschullehrern von vornherein von den vorgesehenen Personaleinsparungen der Bundesregierung ausgenommen. Bei den Bediensteten im Exekutivdienst war ein relativ hoher Beschäftigungsrückgang zu beobachten (Veränderung 2002/00: -999 VZÄ), der nur zu einem sehr geringen Teil auf die Übertragung von Aufgaben – des Meldewesens (mit 1. März 2002) und des Fund- und Passwesens (mit 1. Februar 2003) – zurückzuführen sein dürfte.

2.5.3 Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Bundesländern (ohne Wien)

- Die Personalentwicklung in den Leistungsbereichen des Schul- und Spitalswesens beeinflusst die Gesamtentwicklung auf Länderebene maßgeblich.
- Betrachtet man die Entwicklung des Beschäftigtenstandes der Bundesländer (ohne Wien) insgesamt gemäß Gebarungsübersichten, so zeigt sich, dass ein Rückgang des Beschäftigtenstandes ausschließlich im Jahr 2001 zu beobachten ist. Die deutliche Abnahme der Personalkapazitäten von Ende 2001 gegenüber Ende 2000 in Höhe von 8.384 ist in erster Linie auf die Ausgliederung der Oberösterreichischen Gesundheits- und Spitals-AG (GESPAG; -7.411 Personen) und nur in relativ geringem Umfang auf sonstige Personalreduktionen der Bundesländer (-972 Personen) zurückzuführen.
- Lässt man die öffentlich Bediensteten in den ausgegliederten Landeskrankenanstalten außer Acht, so ändert sich das Bild ein wenig. Seit Anfang 2001 zeigt sich ein rückläufiger Verlauf des Beschäftigtenstandes in den Bundesländern. Während Ende 2000 die Zahl der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern (ohne Wien und ohne Krankenanstalten) noch 114.785 erreichte, verminderte sich diese bis Ende 2002 um 1.482 auf 113.303 Personen.
- Der Großteil des Beschäftigtenrückganges seit Ende 2000 geht auf den Abbau der Zahl der Landeslehrer zurück (Veränderung 2002/00: -1.022 Personen). Im Zuge der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2001 wurden mit den Ländern restriktivere Stellenplanrichtlinien für allgemein bildende Pflichtschulen ab dem Schuljahr 2001/02 vereinbart, die schrittweise bis zum Schuljahr 2004/05 umzusetzen sind. Gemessen an der Schüleranzahl verringerte sich ab Ende 2000 bis Ende 2002 die Zahl der Landeslehrer jedoch nicht.
- Im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ (allgemeine Verwaltung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kultur, soziale Wohlfahrt, Verkehr) wurde der Personalstand seit Ende 2000 nur geringfügig reduziert (-460 Personen), wobei in diesem Zusammenhang die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg maßgeblich waren.

- In den hier präsentierten Ergebnissen sind allerdings auch Dienstnehmer (vor allem Beamte) enthalten, die den ausgegliederten Einheiten zugeteilt sind und deren Personalkosten von der ausgegliederten Einheit getragen werden. Eine Betrachtung der Personalstandsentwicklung des Bereichs „Allgemeine Verwaltung“ unter Berücksichtigung der Ausgliederungen und Dienstzuteilungen hätte vermutlich einen etwas höheren Rückgang des Beschäftigtenstandes ergeben. Ebenso wäre es möglich, dass unter Berücksichtigung aller Ausgliederungen und Dienstzuteilungen neben den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg auch andere Bundesländer ihren Beschäftigtenstand im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ abgebaut haben.

2.5.4 Entwicklung der öffentlich Bediensteten in Wien

- Die Entwicklung des Beschäftigtenstandes in Wien gemäß Gebarungsübersichten ist innerhalb des Beobachtungszeitraumes durch Fluktuationen gekennzeichnet: Einem Rückgang folgt stets ein Zuwachs im darauf folgenden Jahr, wobei die Veränderung des Jahres 2000 gegenüber dem Vorjahr auf Grund der Ausgliederung von Wiener Wohnen deutlicher ausfällt als in den Jahren zuvor.
- Erst im letzten Jahr der Beobachtungsperiode (2002) dürften Maßnahmen gesetzt worden sein, um den Stand an öffentlich Bediensteten in Wien zu vermindern. Unter dem Gesichtspunkt der laufenden Ausgabenausweitung auf kommunaler Ebene signalisiert der rückläufige Verlauf des Beschäftigtenstandes Wiens im Jahr 2002 zunehmende Sparanstrengungen. Die Personalkapazitäten von Wien gingen 2002 sowohl unter Einbeziehung der Bediensteten in den ausgegliederten Organisationseinheiten (-899 VZÄ) als auch ohne Ausgliederungen (-842 VZÄ) vergleichsweise stark zurück.
- Das Spitalswesen bindet in Wien deutlich mehr Beschäftigte als der Länderdurchschnitt (ohne Wien) (Krankenanstaltenquote 2002: Wien 41,4%; Bundesländer (ohne Wien): 28,9%); der Anteil bei den Landeslehrern gemessen an den öffentlich Bediensteten von Wien liegt deutlich unter jenen der anderen Bundesländer (Landeslehrerquote 2002: Wien 15,7%; Bundesländer (ohne Wien): 40,1%).
- Das Schüler/Lehrerverhältnis in Wien unterschreitet innerhalb der gesamten Beobachtungsperiode mit einer Quote von unter 10 den Länderdurchschnitt (ohne Wien), der knapp unter 11 liegt. Zudem nimmt die Schüleranzahl pro Landeslehrer tendenziell ab und erreicht im Jahr 2001 mit 9,2 den geringsten Wert.

2.5.5 Entwicklung der öffentlich Bediensteten bei den Gemeinden (ohne Wien)

- Die Veränderung der Personalkapazität der österreichischen Gemeinden insgesamt fällt sehr moderat aus, vergleicht man den Anfang und das Ende des Beobachtungszeitraumes. Allerdings unterliegt der Personalstand stets großen Schwankungen. Beispielsweise folgt dem Tiefpunkt im Jahr 1999 der personelle Höchststand auf kommunaler Ebene in Höhe von 81.734 VZÄ im Jahr 2000 (+1.862 VZÄ). Seither ist die Zahl der Gemeindebediensteten rückläufig, obwohl die laufende Umsetzung der zuletzt erfolgten Ausweitung des kommunalen Ausgabenspektrums (v. a. Verwaltungsreformgesetz 2001) genau in diesen zeitlichen Rahmen fällt. Allerdings dürfte auch dieser Rückgang primär Folge einer Ausgliederung sein: Berücksichtigt man die Bediensteten des AKH Linz – in einer Größenordnung von rund 2.200 Bediensteten –, die ab dem Jahr 2001 in den zuvor erwähnten Daten nicht mehr enthalten sind, so wäre der erwähnte Rückgang der Bediensteten auf kommunaler Ebene gegen Ende des

Beobachtungszeitraumes nicht mehr feststellbar. Zudem ist festzuhalten, dass die Gesamtentwicklung wesentlich durch einen Erfassungsmangel beeinflusst wird: Die Gemeindebediensteten des Spitals St. Pölten (knapp 2.500 Beschäftigte) werden erst ab dem Jahr 2000 berücksichtigt.

- Aus der Betrachtung der Personalkapazität nach Gemeindegrößenklassen wird ersichtlich, dass die Veränderungen der Personalstände sehr unterschiedlich bzw. sogar gegenläufig hinsichtlich Umfang und Zeitpunkt sind.
- Die Gesamtentwicklung der kommunalen Personalkapazität wird vorrangig durch die Volatilität der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50.000 (GK 4) geprägt, was auf das höhere Veränderungs- bzw. Restrukturierungspotenzial sowie die Existenz einer „kritischen“ Menge an Bediensteten zurückzuführen ist.

3. Verbesserung der statistischen Basis im Bereich öffentlicher Beschäftigung

3.1 Vorschläge zur Verbesserung der statistischen Basis

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnungen (VRV bzw. BHG) von Bund, Ländern und Gemeinden regeln primär die Budgetgebarung (Verbuchung der budgetären Einnahmen und Ausgaben) und nur sehr grob die Verbuchung der Personalkapazitäten. Gemäß § 9 VRV Abs. 2 Z. 6 ist dem Voranschlag ein Dienstpostenplan beizugeben, der die im Voranschlagsjahr erforderlichen Dienstposten der Beamten, der Vertragsbediensteten und der ständig sonstigen Bediensteten ausweist. Dabei ist eine Gliederung der Dienstposten nach Verwendungsgruppen (Entlohnungsgruppen) und Dienstklassen vorzunehmen. Im Rechnungsabschluss ist laut § 17 Abs. 2 Z. 10 ein Nachweis, in dem die Zahl der am 31. Dezember des Finanzjahres ständig beschäftigten Dienstnehmer der Anzahl der im Dienstpostenplan vorgesehenen Dienstposten gegenübergestellt wird, zu geben.

Dieser grobe rechtliche Rahmen hinsichtlich des Ausweises des Beschäftigtenstandes, dessen Einhaltung bislang überdies keine hohe Priorität gehabt haben dürfte, führt dazu, dass das Informationsspektrum in den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften und bei den öffentlichen Fonds sehr unterschiedlich ist (differierende Maßeinheiten, Erfassungsumfang sowie unterschiedlicher Detaillierungsgrad), was die statistische Aufbereitung nach einheitlichen Konzepten äußerst erschwert, Fehler bei der statistischen Aufbereitung nach sich zieht und die Aussagekraft der Ergebnisse einschränkt. Darüber hinaus erscheinen Zusatzinformationen erforderlich, um eine aussagefähige Datenbasis nach einheitlichen Konzepten generieren zu können. Dabei handelt es sich um folgende Informationen:

- Einheitliche Maßeinheit (möglichst VZÄ im Jahresdurchschnitt der ständig beschäftigten Dienstnehmer)
- Differenzierungen nach Leistungsbereichen (VA- bzw. RA-Ansätze)
- Subpositionen zur Bereinigung der Daten (Dienstzuteilungen³³, „lebende Subventionen“³⁴)
- Ausgliederungseffekte (Veränderung des Beschäftigtenstandes infolge von Ausgliederungen oder Erfassung der Zahl der Beschäftigten in ausgegliederten Organisationseinheiten)
- Sonstige Dienstnehmer der Gebietskörperschaften (Sonderverträge, Saisonarbeitskräfte etc.)

Weiters fehlt in den Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnungen der direkte Konnex zwischen der Anzahl der öffentlich Bediensteten und den Personalausgaben. Dies bewirkt beispielsweise, dass die Landesfonds zwar Leistungen für das Personal separat verbuchen, die Bediensteten aber im Personalstand des Landes ausgewiesen werden. Auch dürfte die Zuordnung der öffentlich Bediensteten nach Leistungsbereichen (wenn überhaupt verfügbar) durchwegs nicht mit der Zuordnung der Personalausgaben korrespondieren.

Jüngste Bestrebungen von Statistik Austria, den Umfang der statistischen Meldungen (Ausweitung der Datenschnittstelle im Bereich der Gebarungstatistik) der öffentlichen Haushalte zu erweitern, um den internationalen Meldevorschriften³⁵ nachkommen zu können, haben im Bereich „Personal“ zudem aufgezeigt, dass

- das Informationsspektrum der internen Personalinformationssysteme sehr heterogen sein dürfte;

³³ Öffentlich Bedienstete, die bei ausgegliederten Organisationseinheiten tätig sind und deren Kosten von den ausgegliederten Einheiten getragen werden.

³⁴ Öffentlich Bedienstete, die bei einer anderen (ausgegliederten) Organisationseinheit tätig sind und deren Kosten von der Gebietskörperschaft getragen werden.

³⁵ EG-Verordnung 1267/03.

- insbesondere kleinere Gemeinden mangels Kostenrechnung derzeit keine Daten über den Personalstand nach Leistungsbereichen zur Verfügung stellen können;
- die VRV einen relativ großen Interpretationsspielraum lässt und
- Datenanforderungen nur nachgekommen wird, wenn hierfür im Rahmen des VRV-Komitees Einigung erzielt wurde (Schaffung einer innerösterreichischen rechtlichen Basis).

Daraus lässt sich ableiten, dass für eine Verbesserung der Qualität und der Informationsbreite der offiziellen Statistiken im Bereich des öffentlichen Sektors in Zukunft zum einen die Bestimmungen der VRV bzw. der Haushaltsrechte durch Erläuterungen präzisiert und erweitert werden müssten und zum anderen die verpflichtende Einführung einer Kostenrechnung (zumindest ab einer bestimmten Einwohnerzahl) notwendig wäre. Bei der Darstellung der Entwicklung der Beschäftigtenstände sollten jedenfalls Ausgliederungseffekte separat identifiziert werden und eine Differenzierung nach Leistungsbereichen einschließlich korrespondierender Personalkosten ermöglicht werden.

Für das Controlling bzw. die Steuerung der Personalressourcen wären darüber hinaus Informationen über die öffentlich Bediensteten nach Qualifikation und Alterstruktur von großem Interesse.

Als Gliederung nach Leistungsbereichen bietet sich die international akkordierte „Systematik der Wirtschaftstätigkeit (ÖNACE)“ an, die unter anderem zwischen der Hoheitsverwaltung und der Leistungsverwaltung (Kinderbetreuung, Altenbetreuung, Gesundheit, Spitalswesen etc.) unterscheidet und zudem eine Verknüpfung mit „Marktproduzenten“ des Staates (um- oder ausgegliederte Einheiten) ermöglicht. Ein umfassendes Bild über die Beschäftigung in einzelnen Leistungsbereichen kann nur dann gewonnen werden, wenn neben den Gebietskörperschaften, Fonds und Verbänden (Nichtmarktproduzenten) auch „Public Corporations“ sowie „Quasi-Kapitalgesellschaften des Staates“ einbezogen werden.³⁶

3.2 Konzeption eines abgestimmten Erhebungsbogens

Im Folgenden wird nun ein Erhebungsbogen für Bund, Länder und Gemeinden vorgestellt, der im Rahmen der Arbeitsgruppe „Öffentliche Beschäftigung“ des Staatsschuldenausschusses entwickelt wurde. Dieser Erhebungsbogen (siehe Anhang) deckt die Minimalanforderungen eines aussagekräftigen Informationssystems über die öffentliche Beschäftigung ab. Bei der Konzeption dieses Erhebungsbogens wurde darauf geachtet, dass die Datenanforderungen auf Basis von bereits existierenden Datenquellen weitestgehend ableitbar sind und daher von möglichst vielen öffentlichen Haushalten grundsätzlich bereitgestellt werden könnten.

Für die Bundesländer steht seit kurzem ein umfangreiches Informationssystem über die öffentlich Beschäftigten und die Personalausgaben zur Verfügung („Personalstatistik Neu“ mit harmonisiertem Datenbestand ab dem Jahr 2002 für alle Bundesländer außer Wien), das die hier geforderten Informationen enthalten sollte. Dieses System wurde für länderinterne Analysezwecke zur Ressourcensteuerung konzipiert, ist aber nicht öffentlich zugänglich. Zudem verfügt der Bund über ein flexibles elektronisches Personalinformationssystem. Inwieweit analoge Informationen auch Wien und die Gemeinden (zumindest jene, die über eine Kostenrechnung verfügen) zur Verfügung stellen könnten, müsste noch geklärt werden.

Der beiliegende **Erhebungsbogen** wurde **beispielhaft für die Bundesländer** erstellt und bietet folgendes Informationsspektrum:

³⁶ So können beispielsweise Kindergärten oder Wasserwerke sowohl als „Quasi-Kapitalgesellschaften“ als auch im Budget (VA-Abschnitte 00 bis 84) verbucht sein.

Das **erste Tabellenblatt** des Erhebungsbogens erfasst sowohl die Personalkapazität als auch den Personalaufwand für aktiv Bedienstete, wodurch die angestrebte Korrespondenz der Personalstände mit den -kosten untermauert werden soll. Die Gliederung erfolgt jeweils nach Organisations- bzw. Tätigkeitsbereichen (Zeilen), wobei ein Schlüssel (Code) für eine systematische Zuordnung nach ÖNACE 4-Stellern vorgesehen ist. Mit Hilfe dieser ÖNACE-Zuordnungen können die unterschiedlichen Organisationsstrukturen bzw. Tätigkeitsbereiche von Bund, Ländern und Gemeinden auf eine gemeinsame Basis gestellt und vergleichbare statistische Ergebnisse erzielt werden.

Grundsätzlich unterscheidet der Erhebungsbogen zwei Beschäftigungstypen:

- Öffentliche Beschäftigung ohne Dienstzuteilungen und „lebende Subventionen“ (ORG-Bereich A - G)
- Öffentliche Beschäftigung bei ausgegliederten Einheiten (Dienstzuteilungen bzw. „lebende Subventionen“) (ORG-Bereich U)

Durch diese Unterscheidung werden Bedienstete und Personalkosten des Landes für ausgegliederte Einheiten separat dargestellt, um die Ressourcenausstattung zur Wahrnehmung der Kernkompetenzen klar abgrenzen zu können. Grundsätzlich wird die Personalkapazität ohne „echte Abwesenheiten“ (Karenzgeld-/Kindergeldbezieher, Präsenzdienster), aber einschließlich Bediensteter in Vorruhestandsmodellen (sofern diese noch zum Aktivstand zählen) ausgewiesen.

Um Ausgliederungseffekte transparent machen zu können, werden zudem Veränderungen des Personalstandes gegenüber dem Vorjahr infolge von Ein- bzw. Ausgliederungen (ORG-Bereich V) gesondert erfasst. Werden für Dienstzuteilungen und „lebende Subventionen“ Personalkostensätze verrechnet, sind diese als Summe (im ORG-Bereich S) darzustellen.

Die Personalkapazität ist jährlich in VZÄ zum Jahresultimo (Spalten) einzutragen, wobei die Unterscheidung: Beamte, Vertragsbedienstete, pragmatisierte Lehrer und Vertragslehrer, Sonstige und Lehrlinge vorgenommen wird. Unter „Sonstige“ sind jene Bediensteten zu erfassen, die nicht den (anderen) ausgewiesenen Kategorien zugeteilt werden können (z. B. Aushilfskräfte). Sofern das Dienstrecht keine Unterscheidung zwischen Beamten und Vertragsbediensteten mehr vorsieht, sind diese unter der Summenposition von Beamten und VB zu melden.

Der Personalaufwand (Aktivausgaben) ist gegliedert nach den Bezügen, Nebengebühren und Dienstgeberbeiträgen anzugeben (Details zur Abgrenzung befinden sich auf dem **zweiten Tabellenblatt** „PA_Postenverzeichnis“). Zu den ausbezahlten Bezügen (Jahresbeträge) sind ebenso bezugsgleich ausbezahlte Zulagen anzuführen. Unter Nebengebühren werden Vergütungen für Nebentätigkeit, Mehrdienstleistungen (inkl. Überstunden), Jubiläumsgelder, Belohnungen, Geldaushilfen sowie Erschwernis- und Gefahrenzulagen erfasst. Die Dienstgeberbeiträge sind auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen auszuweisen.

Auf dem **dritten Tabellenblatt** wird die Altersstruktur der Personalkapazität (auch für ausgegliederte Einheiten) beschrieben. Damit wird das Analysespektrum wesentlich erweitert: Beispielsweise könnte die Altersstruktur ein Argument für unterschiedliche Durchschnittskosten pro Bediensteten in den einzelnen Gebietskörperschaften, aber auch Hinweise über das natürliche Abgangspotenzial der nächsten Jahre liefern.

3.3 Allgemeine Anmerkungen zum öffentlichen Rechnungswesen

Die zuvor skizzierten Schwierigkeiten bei der Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Beschäftigung auf Basis der gegenwärtigen haushaltsrechtlichen Verbuchungsvorschriften geben Anlass, auch einige grundsätzliche Anmerkungen zum derzeitigen Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung in Österreich zu machen. So beschreibt A. Riedl³⁷ das gegenwärtige System wie folgt: „Das Rechnungswesen öffentlicher Verwaltung ist in seiner heutigen Form in erster Linie auf die Informations- und Kontrollbedürfnisse der Parlamente ausgerichtet. Als Hauptaufgabe wird die Budgetkontrolle angesehen, demzufolge liegt dem Rechnungswesen ein zahlungsorientiertes Rechnungskonzept zu Grunde, das im Wesentlichen auf die Ermittlung eines Netto-Finanzierungsbedarfs als Erfolgsgröße ausgerichtet ist. Die Frage nach dem zentralen Erfolg öffentlicher Verwaltung, dem Leistungserfolg, bleibt jedoch weitgehend offen. Das Rechnungswesen öffentlicher Verwaltung bedarf daher einer Ergänzung um eine leistungswirtschaftliche Dimension, es muss Informationen über Kosten, Leistungen und Leistungswirkungen bereitstellen können (Managementorientierung).“

Auch das Eidgenössische Finanzdepartement kam in Bezug auf dessen Rechnungswesen zu analogen Schlussfolgerungen.³⁸ In der Schweiz wird nunmehr ein neues Rechnungsmodell ausgearbeitet, das mit 1. Jänner 2006 in Kraft treten soll. Die Basis des künftigen Rechnungsmodells bilden die neu formulierten Rechnungslegungsgrundsätze, die sich an den aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen im privaten und öffentlichen Rechnungswesen orientieren.

Das künftige Rechnungsmodell des Bundes in der Schweiz weist folgende Hauptstoßrichtungen auf:

- Die Buchführung und die Rechnungslegung auf den Stufen „Dienststellen“ und „Gesamtbund“ sollen einheitlich nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden. Dies erfordert eine systematische Periodisierung aller Werteflüsse (Accrual Accounting).
- Die neue Bundesrechnung umfasst eine Erfolgsrechnung, eine Investitionsrechnung und eine Bilanz mit Anhängen sowie eine Finanzierungs- und eine Mittelflussrechnung.
- Aufgrund der Vorgaben der Schuldenbremse stellt die Ausgaben-Einnahmen-Rechnung (also die Mittelflussrechnung) auf Bundesebene nach wie vor das zentrale Steuerungsinstrument dar. Es ist daher sinnvoll, dass der rollende Finanzplan künftig nach den wichtigsten Aufgabengebieten gegliedert wird und in Relation zum erwarteten Ausgabenplafond der Schuldenbremse gesetzt wird.
- Beabsichtigt ist auch eine verstärkte Abstimmung von Aufgaben- und Finanzplanung sowie die Bereitstellung einer konsolidierten finanziellen Betrachtung auf Stufe „Gesamtbund“.

³⁷ Riedl, A. Reformansätze im kommunalen Rechnungswesen. In: Handbuch der kommunalen Finanzwirtschaft, Wien 2000.

³⁸ „Bis vor wenigen Jahren beschränkte sich die finanzielle Steuerung auf Bundesebene weitgehend auf die Finanzierungssicht. „Inputsteuerung“, „Kreditverwaltung“, „Kameralistik“ sind Schlagworte, mit denen das System mit etwas kritischem Unterton bezeichnet wurde. Weitgehend parallel zu den Reformbemühungen im Regierungs- und Verwaltungsbereich ist aber auch im Rechnungswesen des Bundes eine Neuorientierung in Gang gekommen. Es hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass ein umfassendes Rechnungssystem nebst der Finanzierungssicht auch die betriebliche Sicht sowie die Kostentransparenz sicherstellen muss. Diese duale Ausrichtung des öffentlichen Rechnungswesens – im Spannungsfeld zwischen politischer und Management-Rationalität – steht im Zentrum der Reformbemühungen.“ Siehe <http://www.efd.admin.ch/d/>.

- Des Weiteren sollen gezielte Lockerungen der Kreditspezifikation, die Dezentralisierung der Kreditverantwortung an diejenigen Dienststellen, die den Bedarf steuern, sowie die Regelung der Leistungsverrechnung zwischen den Dienststellen die management-orientierte Verwaltungsführung fördern.
- In der Bundesverwaltung soll ein flächendeckender Basisstandard für die Aufwands- und Auftragserfassung eingeführt werden.
- Der Nutzen einheitlicher Regeln der Buchführung und Rechnungslegung ist für die Transparenz und die Kontinuität in der Berichterstattung des Bundes unbestritten.
- Das zentrale Rechnungswesen soll in ein voll integriertes SAP-System überführt werden. Gleichzeitig wird aber auch eine Gesamtsanierung der inkonsistenten und problembehafteten SAP-Landschaft im Finanzbereich der Bundesverwaltung vorgenommen.

Die zuvor skizzierten Reformen in der Schweiz erfordern eine Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes. Das neue Finanzhaushaltgesetz soll mit 1. Jänner 2006 in Kraft treten, damit die planmäßige Einführung des neuen Rechnungsmodells mit dem Voranschlag 2007 erfolgen kann.

Eine Ergänzung des öffentlichen Rechnungswesens in Richtung Managementorientierung sollte aus der Sicht der Autoren der Studie auch in Österreich angedacht werden.

4. Literaturverzeichnis

Allgemeines Krankenhaus Linz. Laufende Jahrgänge. Jahresbericht. Linz.

Amt der Burgenländischen Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss der Burgenländischen Landesregierung. Eisenstadt.

Amt der Kärntner Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Kärnten. Klagenfurt.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich. <http://www.noel.gv.at/service/ff1/budget/budget.htm>.

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung. 2002. Ergebnishandbuch „Personalstatistik Neu“. Linz.

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich. <http://www.ooe.gv.at/budget>.

Amt der Salzburger Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Salzburg. Salzburg.

Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Landesrechnungsabschluss. Graz.

Amt der Tiroler Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Tirol. Innsbruck.

Amt der Vorarlberger Landesregierung. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss des Landes Vorarlberg. Bregenz.

Bundeskanzleramt. Laufende Jahrgänge. Personaljahrbuch. Daten und Fakten des Bundes. Wien.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Laufende Jahrgänge. Schulstatistik. Wien.

Bundesrechnungshof. 2002. Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes. New Public Management in den Ländern. Reihe Burgenland 2002/2. Wien.

Bundesrechnungshof. 2003. Prüfbericht des Rechnungshofes. Besoldung der Landeslehrer. In: Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 2002. Reihe Burgenland 1/2003. Wien.

Eidgenössisches Finanzdepartement.. <http://www.efd.admin.ch/d/>.

Europäische Union. 2003. EG-Verordnung Nr. 1267/2003. Brüssel.

Geschäftsberichte der Landeskrankenanstalten von Kärnten und Oberösterreich (KABEG, GESPAG). <http://www.kabeg.at>; <http://www.gespag.at> .

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. 1999. Effizienzsteigerung durch Aufgabenbereinigung und Verwaltungsoptimierung im Bundesstaat. Studie im Auftrag des BMF, Wien.

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. 2003. Verwaltungsreform in Österreichs Städten – eine Zwischenbilanz. Grundlagenpapier für den Österreichischen Städtetag 2003 in Linz. Wien.

Kropf, K., Leitsmüller, H. und Rossmann, B. 2001. Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich. Schriftenreihe der AK-Wien. Arbeit-Recht-Gesellschaft, Bd. 21, Wien.

Magistrat der Stadt Wien. Laufende Jahrgänge. Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien. <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/>.

Netuschill, P. und Rossmann, B. 2003. Die Reform der öffentlichen Verwaltung in den Jahren 2000 bis 2002 – Versuch einer Evaluierung. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 83/2003. Wien.

Riedl, A. 2000. Reformansätze im kommunalen Rechnungswesen. In: Handbuch der kommunalen Finanzwirtschaft. Wien.

Staatsschuldenausschuss (Hrsg.). 2003. Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002. Wien.

Statistik Austria. 2002. Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV). Arbeitsbehelf. Wien.

Statistik Austria. Laufende Jahrgänge. Gebarungübersichten. Wien.

Statistik Austria. Laufende Jahrgänge. Statistisches Jahrbuch Österreich. Wien.

Statistik Austria. Laufende Jahrgänge. Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte. Wien.

Statistisches Amt der Stadt Wien. Laufende Jahrgänge. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. Wien.

Verbindungsstelle der Bundesländer. Laufende Jahrgänge. Bedienstete der Länder. Personalstatistik. Wien.

5. Anhang

5.1 Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand

Tabelle A1	Bund
Tabelle A2	Bundesländer ohne Wien
Tabelle A3	Burgenland
Tabelle A4	Kärnten
Tabelle A5	Niederösterreich
Tabelle A6	Oberösterreich
Tabelle A7	Salzburg
Tabelle A8	Steiermark
Tabelle A9	Tirol
Tabelle A10	Vorarlberg
Tabelle A11	Wien
Tabelle A12	Gemeinden (ohne Wien) gesamt
Tabelle A13	Gemeinden (bis 500 Einwohner) gesamt
Tabelle A14	Gemeinden (von 501 bis 1.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A15	Gemeinden (von 1.001 bis 2.500 Einwohner) gesamt
Tabelle A16	Gemeinden (von 2.501 bis 5.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A17	Gemeinden (von 5.001 bis 10.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A18	Gemeinden (bis 10.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A19	Gemeinden (von 10.001 bis 20.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A20	Gemeinden (von 20.001 bis 50.000 Einwohner) gesamt
Tabelle A21	Gemeinden (über 50.000 Einwohner) gesamt

**Tabelle A1: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bund**

Personalkapazitäten des Bundes einschließlich Leihbeamte und "Sonderverträge"

VBÄ (Jahresdurchschnitte)	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bund	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992
Bundesbetriebe	2.626	2.636	1.735	-	-	-
Freie Dienstverträge	3.729	4.007	3.780	4.210	4.394	4.874
Praktikanten	2.330	2.338	2.372	2.361	2.402	2.727
Zeitsoldaten	3.140	1.976	1.452	1.298	989	927
Leihbeamte ¹⁾	46.020	44.633	43.682	41.983	39.307	30.922
insgesamt	224.386	221.875	218.545	213.276	207.088	195.442

Personalkapazitäten des Bundes im engeren Sinn

VBÄ (Jahresdurchschnitte)	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bund (ohne Ausgliederungen) ²⁾	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992
Ausgliederungseffekte pro Jahr ³⁾	657	0	679	1.349	908	2.160
Ausgliederungseffekte kumuliert	657	657	1.336	2.685	3.593	5.753
Bund einschließlich Ausgliederungen	167.198	166.942	166.860	166.109	163.589	161.745
Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	115.530	114.910	114.068	112.360	109.594	107.007
Vertragsbedienstete	50.434	50.704	50.493	50.004	49.475	48.228
Kollektivverträge	46	13	14	10	10	10
Sonstige	531	658	949	1.050	917	748
Insgesamt	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992

Berufsgruppen	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Verwaltungsdienst	72.870	71.555	70.201	67.770	64.940	62.207
Exekutivdienst	32.095	31.784	31.855	31.521	30.910	30.521
Militärischer Dienst	12.837	13.751	13.744	13.828	13.781	13.532
Richter/Staatsanwälte	2.311	2.307	2.317	2.304	2.292	2.291
Krankenpflegedienst	608	625	632	645	663	593
Hochschullehrer	8.924	8.976	8.991	9.219	9.457	9.194
Bundeslehrer	35.948	36.083	36.299	36.553	36.508	36.378
Sonstige	947	1.205	1.485	1.586	1.446	1.275
Insgesamt	166.541	166.285	165.524	163.424	159.996	155.992

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	-	-620	-842	-1.708	-2.767	-2.587
Vertragsbedienstete	-	270	-211	-489	-528	-1.248
Kollektivverträge	-	-33	1	-4	0	0
Sonstige	-	127	291	101	-134	-169
Insgesamt ohne Ausgliederungen	-	-256	-761	-2.100	-3.428	-4.004
Insgesamt einschl. Ausgliederungen	-	-256	-82	-751	-2.520	-1.844

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	99	97	95	93
Vertragsbedienstete	100	101	100	99	98	96
Kollektivverträge	100	28	30	22	22	22
Sonstige	100	124	179	198	173	141
Insgesamt ohne Ausgliederungen	100	100	99	98	96	94

1) Dienstnehmer des Bundes, die ausgegliederten Einheiten (gegen Kostenersatz) überlassen werden.

2) Bund UT0 ohne rechtlich selbstständige Einheiten und ohne Parlamentsdirektion sowie ohne Sondervertragsformen.

3) Abbau von Bundesbediensteten (Leihbeamte und Vertragsbedienstete) im jeweiligen Jahr.

Quelle: BKA: Personaljahrbuch des Bundes und BMF: Personalinformationssystem des Bundes (PIS).

**Tabelle A2: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesländer ohne Wien**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	20.522	20.528	20.384	20.005	18.716	18.510
Vertragsbedienstete	67.384	67.092	68.030	68.722	62.575	63.335
Summe	87.906	87.620	88.414	88.727	81.291	81.845
Landeslehrer	63.823	64.926	65.071	64.810	63.863	63.788
Insgesamt lt. GBÜ	151.729	152.546	153.485	153.537	145.154	145.633
dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften ¹⁾	.	.	.	38.752	31.697	32.330
Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten	-	-	-	-	7.411	7.371
Summe einschließlich aller LK-Anstalten ²⁾	.	.	.	159.822	158.816	159.262
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	114.785	113.457	113.303

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	6	-144	-379	-1.289	-206
Vertragsbedienstete	.	-292	938	692	-6.147	760
Summe	.	-286	794	313	-7.436	554
Landeslehrer	.	1.103	145	-261	-947	-75
Insgesamt	.	817	939	52	-8.383	479
dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften...	-7.055	633
Summe einschließlich aller LK-Anstalten	-1.006	446
Summe ohne LK-Anstalten	-1.328	-154

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	100	99	97	91	90
Vertragsbedienstete	100	100	101	102	93	94
Summe	100	100	101	101	92	93
Landeslehrer	100	102	102	102	100	100
Insgesamt	100	101	101	101	96	96
Summe einschließlich aller LK-Anstalten	.	.	.	100	99	100

Anteile und Indikatoren 3)

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ⁴⁾	.	.	.	40,6%	40,2%	40,1%
Abweichung zum Ø der Länder in PP	-	-	-	-	-	-
Krankenanstaltenquote ⁵⁾	.	.	.	28,2%	28,6%	28,9%
Abweichung zum Ø der Länder in PP	-	-	-	-	-	-
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	4,9%	4,8%	4,7%
Abweichung zum Ø der Länder in PP	-	-	-	-	-	-
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	10,7	10,5	10,6	10,6	10,7	.
Abweichung zum Ø der Länder in PP	-	-	-	-	-	-

1) Ohne Kärntner und ab 2001 ohne Oberösterreichische Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

2) Einschließlich Kärntner und Oberösterreichische Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

3) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien

4) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten der Länder insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

5) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen der Länder insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbständig Beschäftigten (laut HVB).

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbilden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A3: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Burgenland**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	788	776	716	650	623	605
Vertragsbedienstete	3.320	3.323	3.351	3.378	3.428	3.497
Summe	4.108	4.099	4.067	4.028	4.051	4.102
Landeslehrer	2.663	2.645	2.641	2.586	2.505	2.446
Insgesamt lt. GBÜ	6.771	6.744	6.708	6.614	6.556	6.548
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	1.841	1.873	1.913
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	6.771	6.744	6.708	6.614	6.556	6.548
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	4.773	4.683	4.635

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-12	-60	-66	-27	-18
Vertragsbedienstete	.	3	28	27	50	69
Summe	.	-9	-32	-39	23	51
Landeslehrer	.	-18	-4	-55	-81	-59
Insgesamt	.	-27	-36	-94	-58	-8
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	32	40
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	-27	-36	-94	-58	-8
Summe ohne LK-Anstalten	-90	-48

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	98	91	82	79	77
Vertragsbedienstete	100	100	101	102	103	105
Summe	100	100	99	98	99	100
Landeslehrer	100	99	99	97	94	92
Insgesamt	100	100	99	98	97	97
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	100	99	98	97	97

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	39,1%	38,2%	37,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-1,5	-2,0	-2,7
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	27,8%	28,6%	29,2%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	-0,3	+0,0	+0,4
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	6,0%	5,8%	5,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+1,1	+1,0	+0,9
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	9,1	9,0	8,9	9,0	9,1	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-1,6	-1,5	-1,7	-1,6	-1,6	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A4: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Kärnten**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	1.743	1.765	1.759	1.731	1.683	1.644
Vertragsbedienstete	1.697	1.646	1.629	1.606	1.591	1.617
Summe	3.440	3.411	3.388	3.337	3.274	3.261
Landeslehrer	6.007	6.242	6.270	6.248	5.994	5.912
Insgesamt lt. GBÜ	9.447	9.653	9.658	9.585	9.268	9.173
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften...</i>	-	-	-	-	-	-
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	.	.	15.870	15.519	15.431
Summe ohne LK-Anstalten	9.447	9.653	9.658	9.585	9.268	9.173

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	22	-6	-28	-48	-39
Vertragsbedienstete	.	-51	-17	-23	-15	26
Summe	.	-29	-23	-51	-63	-13
Landeslehrer	.	235	28	-22	-254	-82
Insgesamt	.	206	5	-73	-317	-95
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften...</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	-351	-88
Summe ohne LK-Anstalten	.	206	5	-73	-317	-95

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	101	101	99	97	94
Vertragsbedienstete	100	97	96	95	94	95
Summe	100	99	98	97	95	95
Landeslehrer	100	104	104	104	100	98
Insgesamt	100	102	102	101	98	97
<i>Summe einschließlich der LK-Ausgliederungen</i>	100	102	102	101	98	97

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	39,4%	38,6%	38,3%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-1,2	-1,6	-1,7
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	39,6%	40,3%	40,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+11,4	+11,7	+11,7
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	5,0%	5,1%	5,1%	5,0%	4,8%	4,8%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+0,1	+0,0	+0,0
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	9,8	9,4	9,3	9,2	9,4	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-0,9	-1,1	-1,3	-1,4	-1,3	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A5: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Niederösterreich**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	6.872	6.909	6.927	6.872	6.822	6.752
Vertragsbedienstete	12.142	12.344	12.434	12.416	12.477	12.587
Summe	19.014	19.253	19.361	19.288	19.299	19.339
Landeslehrer	14.365	14.406	14.723	14.576	14.434	14.353
Insgesamt	33.379	33.659	34.084	33.864	33.733	33.692
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	2.535	2.496	2.436
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	33.379	33.659	34.084	33.864	33.733	33.692
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	31.329	31.237	31.256

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	37	18	-55	-50	-70
Vertragsbedienstete	.	202	90	-18	61	110
Summe	.	239	108	-73	11	40
Landeslehrer	.	41	317	-147	-142	-81
Insgesamt lt. GBÜ	.	280	425	-220	-131	-41
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	-39	-60
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	280	425	-220	-131	-41
Summe ohne LK-Anstalten	-92	19

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	101	101	100	99	98
Vertragsbedienstete	100	102	102	102	103	104
Summe	100	101	102	101	101	102
Landeslehrer	100	100	102	101	100	100
Insgesamt	100	101	102	101	101	101
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	101	102	101	101	101

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	43,0%	42,8%	42,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+2,5	+2,6	+2,5
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	7,5%	7,4%	7,2%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	-20,7	-21,2	-21,6
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	6,0%	6,0%	6,0%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+1,1	+1,2	+1,3
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	10,5	10,6	10,5	10,6	10,6	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-0,1	+0,1	-0,1	-0,1	-0,2	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A6: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Oberösterreich**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	3.997	3.997	3.971	3.859	2.836	2.790
Vertragsbedienstete	12.988	13.011	13.110	13.233	6.834	6.805
Summe	16.985	17.008	17.081	17.092	9.670	9.595
Landeslehrer	13.354	13.718	13.781	13.842	13.839	13.792
Insgesamt lt. GBÜ	30.339	30.726	30.862	30.934	23.509	23.387
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften...</i>	.	.	.	7.303	-	-
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	7.411	7.371
Summe einschließlich der LK-Anstalten	30.339	30.726	30.862	30.934	30.920	30.758
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	23.631	23.509	23.387

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	0	-26	-112	-1.023	-46
Vertragsbedienstete	.	23	99	123	-6.399	-29
Summe	.	23	73	11	-7.422	-75
Landeslehrer	.	364	63	61	-3	-47
Insgesamt	.	387	136	72	-7.425	-122
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften...</i>	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	387	136	72	-14	-162
Summe ohne LK-Anstalten	-122	-122

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	100	99	97	71	70
Vertragsbedienstete	100	100	101	102	53	52
Summe	100	100	101	101	57	56
Landeslehrer	100	103	103	104	104	103
Insgesamt	100	101	102	102	77	77
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	101	102	102	102	101

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	44,7%	44,8%	44,8%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+4,2	+4,5	+4,8
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	23,6%	24,0%	24,0%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	-4,6	-4,6	-4,9
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	4,4%	4,4%	4,3%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,4	-0,4	-0,4
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	11,6	11,3	11,5	11,5	11,4	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	+0,9	+0,8	+0,9	+0,9	+0,7	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A7: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Salzburg**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	1.515	1.490	1.471	1.415	1.373	1.366
Vertragsbedienstete	6.853	6.329	6.425	6.489	6.401	6.472
Summe	8.368	7.819	7.896	7.904	7.774	7.838
Landeslehrer	5.236	5.334	5.384	5.366	5.398	5.336
Insgesamt lt. GBÜ	13.604	13.153	13.280	13.270	13.172	13.174
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	4.626	4.666	4.785
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	13.604	13.153	13.280	13.270	13.172	13.174
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	8.644	8.506	8.389

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-25	-19	-56	-42	-7
Vertragsbedienstete	.	-524	96	64	-88	71
Summe	.	-549	77	8	-130	64
Landeslehrer	.	98	50	-18	32	-62
Insgesamt	.	-451	127	-10	-98	2
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	40	119
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	-451	127	-10	-98	2
Summe ohne LK-Anstalten	-138	-117

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	98	97	93	91	90
Vertragsbedienstete	100	92	94	95	93	94
Summe	100	93	94	94	93	94
Landeslehrer	100	102	103	102	103	102
Insgesamt	100	97	98	98	97	97
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	97	98	98	97	97

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	40,4%	41,0%	40,5%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,1	+0,8	+0,5
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	34,9%	35,4%	36,3%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+6,7	+6,9	+7,5
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	4,1%	4,0%	3,9%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,8	-0,8	-0,9
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	10,8	10,6	10,6	10,6	10,5	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	+0,2	+0,1	+0,0	-0,0	-0,2	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A8: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Steiermark**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	3.959	3.935	3.890	3.822	3.746	3.715
Vertragsbedienstete	17.514	17.588	18.293	18.843	18.936	18.995
Summe	21.473	21.523	22.183	22.665	22.682	22.710
Landeslehrer	11.717	11.769	11.392	11.190	10.656	10.781
Insgesamt lt. GBÜ	33.190	33.292	33.575	33.855	33.338	33.491
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	14.334	14.403	14.479
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	33.190	33.292	33.575	33.855	33.338	33.491
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	19.521	18.935	19.012

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-24	-45	-68	-76	-31
Vertragsbedienstete	.	74	705	550	93	59
Summe	.	50	660	482	17	28
Landeslehrer	.	52	-377	-202	-534	125
Insgesamt	.	102	283	280	-517	153
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	69	76
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	102	283	280	-517	153
Summe ohne LK-Anstalten	-586	77

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	98	97	95	94
Vertragsbedienstete	100	100	104	108	108	108
Summe	100	100	103	106	106	106
Landeslehrer	100	100	97	96	91	92
Insgesamt	100	100	101	102	100	101
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	100	101	102	100	101

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	33,1%	32,0%	32,2%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-7,5	-8,2	-7,9
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	42,3%	43,2%	43,2%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+14,2	+14,6	+14,4
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	4,5%	4,4%	4,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,3	-0,4	-0,3
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	10,1	10,0	10,4	10,6	11,0	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-0,6	-0,5	-0,1	-0,0	+0,3	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A9: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Tirol**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	1.200	1.189	1.175	1.144	1.138	1.161
Vertragsbedienstete	8.933	8.942	8.889	8.878	9.089	9.498
Summe	10.133	10.131	10.064	10.022	10.227	10.659
Landeslehrer	6.434	6.725	6.746	6.818	6.794	6.893
Insgesamt lt. GBÜ	16.567	16.856	16.810	16.840	17.021	17.552
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	5.470	5.640	6.069
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	16.567	16.856	16.810	16.840	17.021	17.552
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	11.370	11.381	11.483

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-11	-14	-31	-6	23
Vertragsbedienstete	.	9	-53	-11	211	409
Summe	.	-2	-67	-42	205	432
Landeslehrer	.	291	21	72	-24	99
Insgesamt	.	289	-46	30	181	531
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	170	429
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	289	-46	30	181	531
Summe ohne LK-Anstalten	11	102

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	98	95	95	97
Vertragsbedienstete	100	100	100	99	102	106
Summe	100	100	99	99	101	105
Landeslehrer	100	105	105	106	106	107
Insgesamt	100	102	101	102	103	106
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	102	101	102	103	106

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	40,5%	39,9%	39,3%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,1	-0,3	-0,8
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	32,5%	33,1%	34,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+4,3	+4,6	+5,7
Beschäftigtenquote ⁶⁾	.	.	.	4,3%	4,3%	4,2%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,5	-0,5	-0,5
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	11,8	11,3	11,5	11,4	11,5	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	+1,1	+0,8	+0,9	+0,8	+0,8	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A10: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Vorarlberg**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (Ist-Stände)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	448	467	475	512	495	.
Vertragsbedienstete	3.937	3.909	3.899	3.879	3.819	.
Summe	4.385	4.376	4.374	4.391	4.314	4.341
Landeslehrer	4.047	4.087	4.134	4.184	4.243	4.275
Insgesamt lt. GBÜ	8.432	8.463	8.508	8.575	8.557	8.616
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	.	.	.	2.643	2.619	2.648
<i>Rückgänge in Folge von Ausgliederungen von LK- Anstalten ¹⁾</i>	-	-	-	-	-	-
Summe einschließlich der LK-Anstalten	8.432	8.463	8.508	8.575	8.557	8.616
Summe ohne LK-Anstalten	.	.	.	5.932	5.938	5.968

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	19	8	37	-17	.
Vertragsbedienstete	.	-28	-10	-20	-60	.
Summe	.	-9	-2	17	-77	27
Landeslehrer	.	40	47	50	59	32
Insgesamt	.	31	45	67	-18	59
<i>dar.: ausgegliederte Landeskranken- anstaltenbetriebsgesellschaften</i>	-24	29
Summe einschließlich der LK-Anstalten	.	31	45	67	-18	59
Summe ohne LK-Anstalten	6	30

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	104	106	114	110	.
Vertragsbedienstete	100	99	99	99	97	.
Summe	100	100	100	100	98	99
Landeslehrer	100	101	102	103	105	106
Insgesamt	100	100	101	102	101	102
<i>Summe einschließlich der LK-Anstalten</i>	100	100	101	102	101	102

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	48,8%	49,6%	49,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+8,2	+9,4	+9,6
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	30,8%	30,6%	30,7%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+2,6	+2,0	+1,9
Beschäftigtenquote ohne LK-Anstalten ⁶⁾	.	.	.	4,5%	4,4%	4,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-0,4	-0,3	-0,3
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	10,2	10,2	10,1	10,1	10,0	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-0,4	-0,3	-0,5	-0,5	-0,7	.

1) Personalstandsreduktionen in Folge der Errichtung von Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften.

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive LK-Anstalten).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. LK-Anstalten).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten ohne LK-Anstalten an den unselbst.Beschäftigten (laut HVB) des Landes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A11: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Bundesland Wien ¹⁾**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	30.529	30.330	29.907	28.953	28.495	27.619
Vertragsbedienstete	29.640	29.239	29.529	29.777	30.097	30.536
Summe	60.169	59.569	59.436	58.730	58.592	58.155
Landeslehrer	10.551	10.654	11.432	11.125	11.552	10.970
Insgesamt lt. GBÜ	70.720	70.223	70.868	69.855	70.144	69.125
<i>dar.: ausgegliederte LK-Anstalten</i>	-	-	-	29.265	29.123	28.946
<i>Rückgänge in Folge d. Ausgliederung: Wiener Wohnen (2000) und Museen d. Stadt Wien (2002)</i>	-	-	-	601	599	719
Summe einschließlich Ausgliederungen	70.720	70.223	70.868	70.456	70.743	69.844
Summe ohne Ausgliederungen	.	.	.	40.590	41.021	40.179

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-199	-423	-954	-458	-876
Vertragsbedienstete	.	-401	290	248	320	439
Summe	.	-600	-133	-706	-138	-437
Landeslehrer	.	103	778	-307	427	-582
Insgesamt	.	-497	645	-1.013	289	-1.019
<i>dar.: ausgegliederte LK-Anstalten</i>	-	-	-	-	-142	-177
Summe einschließlich Ausgliederungen	.	-497	645	-412	287	-899
Summe ohne Ausgliederungen	431	-842

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Verwendungsart	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	98	95	93	90
Vertragsbedienstete	100	99	100	100	102	103
Summe	100	99	99	98	97	97
Landeslehrer	100	101	108	105	109	104
Insgesamt	100	99	100	99	99	98
<i>Summe einschließlich der Ausgliederungen</i>	100	99	100	100	100	99

Anteile und Indikatoren ²⁾

Quoten	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Landeslehrerquote ³⁾	.	.	.	15,8%	16,3%	15,7%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	-24,8	-23,9	-24,3
Krankenanstaltenquote ⁴⁾	.	.	.	41,5%	41,2%	41,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP ⁵⁾</i>	.	.	.	+13,4	+12,6	+12,6
Beschäftigtenquote ohne Ausgliederungen ⁶⁾	.	.	.	5,3%	5,3%	5,3%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	.	.	.	+0,4	+0,6	+0,6
Schüler/Lehrerverhältnis ⁷⁾	9,7	9,7	9,2	9,6	9,2	.
<i>Abweichung zum Ø der Länder (Anzahl)</i>	-1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-1,5	.

1) Ohne Bedienstete der Wiener Stadtwerke (1997: 15.222; 2002: 12.817)

2) Durchschnitt der Bundesländer jeweils ohne Wien.

3) Anteil der Landeslehrer an den öffentlich Bediensteten des Landes insgesamt (inklusive Ausgliederungen).

4) Anteil der öffentl. Bediensteten in Krankenanstalten an jenen des Landes insgesamt (inkl. Ausgliederungen).

5) Länderdurchschnitt einschließlich Kärntner und Oberösterreichischer Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft.

6) Anteil der öffentlich Bediensteten an den unselbständig Beschäftigten (laut HVB) des Bundeslandes.

7) Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen pro Landeslehrer.

Quellen: Gebarungsübersichten ST.AT; Schulstatistik BMBWK; Beschäftigte HVB und eigene Berechnungen.

**Tabelle A12: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	11.599	11.517	11.630	11.095	10.382	10.207
Vertragsbedienstete	59.614	61.254	60.095	63.603	63.741	63.537
Summe	71.212	72.771	71.725	74.699	74.123	73.744
Sonstige	9.353	8.638	8.147	7.035	6.753	6.626
Insgesamt	80.565	81.409	79.872	81.734	80.876	80.370

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-82	113	-534	-713	-175
Vertragsbedienstete	.	1.641	-1.159	3.508	137	-203
Summe	.	1.559	-1.046	2.973	-576	-378
Sonstige	.	-715	-491	-1.111	-282	-128
Insgesamt	.	844	-1.537	1.862	-858	-506

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	100	96	90	88
Vertragsbedienstete	100	103	101	107	107	107
Summe	100	102	101	105	104	104
Sonstige	100	92	87	75	72	71
Insgesamt	100	101	99	101	100	100

Indikatoren

Gemeinden gesamt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	2.357	2.357	2.358	2.358	2.358	2.358
Einwohner	6.255.938	6.255.938	6.255.938	6.255.938	6.255.938	6.482.803
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	34,2	34,5	33,9	34,7	34,3	34,1
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	12,9	13,0	12,8	13,1	12,9	12,4
Beschäftigtenquote ¹⁾	3,5%	3,5%	3,4%	3,5%	3,4%	3,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A13: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (bis 500 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

bis 500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	26	24	28	25	25	24
Vertragsbedienstete	298	317	342	334	351	315
Summe	324	341	371	359	376	339
Sonstige	144	148	153	171	150	162
Insgesamt	468	490	523	530	526	501

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

bis 500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-2	4	-4	0	-1
Vertragsbedienstete	.	18	26	-8	17	-37
Summe	.	17	30	-12	17	-38
Sonstige	.	4	4	18	-21	13
Insgesamt	.	21	34	7	-4	-25

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

bis 500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	94	110	96	97	93
Vertragsbedienstete	100	106	115	112	118	105
Summe	100	105	114	111	116	104
Sonstige	100	103	106	119	104	113
Insgesamt	100	105	112	113	112	107

Indikatoren

bis 500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	181	181	181	181	181	173
Einwohner	61.177	61.177	61.177	61.177	61.177	57.746
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	2,6	2,7	2,9	2,9	2,9	2,9
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	7,7	8,0	8,6	8,7	8,6	8,7
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A14: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (501 bis 1.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

501 bis 1.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	194	198	208	173	172	157
Vertragsbedienstete	1.810	1.867	1.902	1.958	2.082	1.874
Summe	2.004	2.066	2.111	2.131	2.254	2.032
Sonstige	470	477	477	486	464	406
Insgesamt	2.474	2.543	2.587	2.617	2.718	2.437

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

501 bis 1.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	4	10	-35	-1	-15
Vertragsbedienstete	.	57	35	55	124	-208
Summe	.	62	45	20	123	-222
Sonstige	.	7	0	9	-22	-58
Insgesamt	.	69	45	30	101	-281

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

501 bis 1.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	102	107	89	89	81
Vertragsbedienstete	100	103	105	108	115	104
Summe	100	103	105	106	112	101
Sonstige	100	101	101	103	99	86
Insgesamt	100	103	105	106	110	99

Indikatoren

501 bis 1.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	452	452	453	453	453	426
Einwohner	337.203	337.755	338.637	338.637	338.595	317.612
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	5,5	5,6	5,7	5,8	6,0	5,7
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	7,3	7,5	7,6	7,7	8,0	7,7
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A15: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (1.001 bis 2.500 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

1.001 bis 2.500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1.252	1.212	1.286	1.299	1.143	1.087
Summe	11.886	12.186	12.441	13.044	12.882	12.442
Sonstige	2.020	2.010	1.987	1.983	1.895	1.681
Insgesamt	13.906	14.195	14.429	15.026	14.777	14.124

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

1.001 bis 2.500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-40	74	13	-157	-56
Vertragsbedienstete	.	340	181	589	-5	-384
Summe	.	300	256	602	-162	-439
Sonstige	.	-11	-22	-4	-88	-214
Insgesamt	.	289	233	598	-250	-653

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

1.001 bis 2.500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	97	103	104	91	87
Vertragsbedienstete	100	103	105	110	110	107
Summe	100	103	105	110	108	105
Sonstige	100	99	98	98	94	83
Insgesamt	100	102	104	108	106	102

Indikatoren

1.001 bis 2.500 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	1.144	1.144	1.145	1.145	1.145	1.131
Einwohner	1.829.999	1.829.447	1.831.180	1.831.181	1.831.223	1.819.615
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	12,2	12,4	12,6	13,1	12,9	12,5
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	7,6	7,8	7,9	8,2	8,1	7,8
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A16: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (2.501 bis 5.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

2.501 bis 5.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	1.072	1.061	1.186	1.017	997	958
Vertragsbedienstete	8.865	9.210	9.388	9.715	9.969	10.322
Summe	9.937	10.271	10.574	10.732	10.966	11.280
Sonstige	1.464	1.470	1.481	1.365	1.219	1.073
Insgesamt	11.402	11.741	12.055	12.097	12.185	12.354

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

2.501 bis 5.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-12	125	-170	-20	-38
Vertragsbedienstete	.	346	177	328	254	353
Summe	.	334	303	158	234	315
Sonstige	.	5	12	-117	-145	-146
Insgesamt	.	339	315	42	88	169

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

2.501 bis 5.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	111	95	93	89
Vertragsbedienstete	100	104	106	110	112	116
Summe	100	103	106	108	110	114
Sonstige	100	100	101	93	83	73
Insgesamt	100	103	106	106	107	108

Indikatoren

2.501 bis 5.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	382	382	381	381	381	412
Einwohner	1.270.592	1.270.592	1.267.985	1.267.984	1.267.984	1.383.606
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	29,8	30,7	31,6	31,7	32,0	30,0
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	9,0	9,2	9,5	9,5	9,6	8,9
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A17: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (5.001 bis 10.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

5.001 bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	934	926	897	825	824	851
Vertragsbedienstete	9.882	10.200	9.823	8.862	9.738	10.652
Summe	10.816	11.125	10.720	9.687	10.562	11.503
Sonstige	1.191	1.128	1.115	986	1.118	940
Insgesamt	12.006	12.253	11.835	10.674	11.680	12.443

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

5.001 bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-8	-29	-72	-1	27
Vertragsbedienstete	.	318	-376	-961	875	914
Summe	.	310	-405	-1.033	874	941
Sonstige	.	-63	-13	-128	132	-178
Insgesamt	.	246	-418	-1.161	1.006	763

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

5.001 bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	99	96	88	88	91
Vertragsbedienstete	100	103	99	90	99	108
Summe	100	103	99	90	98	106
Sonstige	100	95	94	83	94	79
Insgesamt	100	102	99	89	97	104

Indikatoren

5.001 bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	130	130	130	130	130	144
Einwohner	847.821	847.821	847.826	847.826	847.826	953.094
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	92,4	94,3	91,0	82,1	89,8	86,4
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	14,2	14,5	14,0	12,6	13,8	13,1
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A18: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (bis 10.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	3.478	3.421	3.606	3.339	3.160	3.077
Vertragsbedienstete	31.488	32.568	32.611	32.614	33.879	34.518
Summe	34.967	35.989	36.217	35.953	37.039	37.595
Sonstige	5.290	5.232	5.213	4.991	4.846	4.263
Insgesamt	40.257	41.221	41.430	40.944	41.886	41.858

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-57	185	-267	-179	-83
Vertragsbedienstete	.	1.080	43	3	1.265	639
Summe	.	1.022	228	-264	1.086	556
Sonstige	.	-58	-19	-222	-144	-584
Insgesamt	.	964	209	-486	942	-28

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	98	104	96	91	88
Vertragsbedienstete	100	103	104	104	108	110
Summe	100	103	104	103	106	108
Sonstige	100	99	99	94	92	81
Insgesamt	100	102	103	102	104	104

Indikatoren

bis 10.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	2.289	2.289	2.290	2.290	2.290	2.286
Einwohner	4.346.792	4.346.792	4.346.805	4.346.805	4.346.805	4.531.673
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	17,6	18,0	18,1	17,9	18,3	18,3
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	9,3	9,5	9,5	9,4	9,6	9,2
Beschäftigtenquote ¹⁾	1,8%	1,8%	1,8%	1,7%	1,8%	1,7%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A19: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (10.001 bis 20.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	954	928	916	867	826	825
Vertragsbedienstete	7.239	7.484	7.843	7.743	8.681	8.191
Summe	8.193	8.412	8.759	8.610	9.507	9.016
Sonstige	1.246	1.309	951	834	823	803
Insgesamt	9.439	9.721	9.710	9.444	10.330	9.818

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-26	-12	-48	-41	-1
Vertragsbedienstete	.	245	359	-100	939	-490
Summe	.	219	347	-149	897	-492
Sonstige	.	63	-358	-117	-11	-20
Insgesamt	.	282	-11	-266	886	-512

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	97	96	91	87	86
Vertragsbedienstete	100	103	108	107	120	113
Summe	100	103	107	105	116	110
Sonstige	100	105	76	67	66	64
Insgesamt	100	103	103	100	109	104

Indikatoren

GK 2 - 10.001 bis 20.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	45	45	45	45	45	49
Einwohner	557.415	557.415	557.402	557.402	557.402	622.440
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	209,8	216,0	215,8	209,9	229,6	200,4
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	16,9	17,4	17,4	16,9	18,5	15,8
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%	0,4%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A20: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (20.001 bis 50.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	956	890	850	763	780	895
Vertragsbedienstete	8.570	8.330	7.432	7.828	7.993	10.559
Summe	9.526	9.220	8.281	8.591	8.772	11.453
Sonstige	1.468	1.250	1.011	556	601	899
Insgesamt	10.994	10.470	9.292	9.147	9.373	12.352

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	-66	-41	-87	17	115
Vertragsbedienstete	.	-240	-898	397	164	2.566
Summe	.	-306	-939	310	181	2.681
Sonstige	.	-218	-239	-455	45	297
Insgesamt	.	-524	-1.178	-145	226	2.979

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	93	89	80	82	94
Vertragsbedienstete	100	97	87	91	93	123
Summe	100	97	87	90	92	120
Sonstige	100	85	69	38	41	61
Insgesamt	100	95	85	83	85	112

Indikatoren

GK 3 - 20.001 bis 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	15	15	15	15	15	16
Einwohner	402.112	402.112	402.112	402.112	402.112	458.772
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	732,9	698,0	619,5	609,8	624,9	772,0
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	27,3	26,0	23,1	22,7	23,3	26,9
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,5%	0,5%	0,4%	0,4%	0,4%	0,5%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

**Tabelle A21: Kenngrößen zu den öffentlich Bediensteten im Aktivstand
Gemeinden (über 50.000 Einwohner) gesamt**

Zahl der öffentlich Bediensteten zum Jahresende (VZÄ)

GK 4 - über 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	6.210	6.278	6.259	6.126	5.616	5.411
Vertragsbedienstete	12.317	12.872	12.209	15.418	13.187	10.269
Summe	18.527	19.150	18.468	21.544	18.803	15.680
Sonstige	1.349	847	972	655	483	662
Insgesamt	19.875	19.997	19.440	22.199	19.286	16.342

Veränderung der Zahl der öffentlich Bediensteten zum Vorjahr (absolut)

GK 4 - über 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	.	68	-20	-132	-510	-205
Vertragsbedienstete	.	556	-663	3.208	-2.231	-2.918
Summe	.	624	-682	3.076	-2.741	-3.123
Sonstige	.	-502	125	-317	-172	179
Insgesamt	.	122	-557	2.759	-2.913	-2.944

Entwicklung der Zahl der öffentlich Bediensteten (Index: 1997=100)

GK 4 - über 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Beamte	100	101	101	99	90	87
Vertragsbedienstete	100	105	99	125	107	83
Summe	100	103	100	116	101	85
Sonstige	100	63	72	49	36	49
Insgesamt	100	101	98	112	97	82

Indikatoren

GK 4 - über 50.000 EW	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Gemeinden	8	8	8	8	8	7
Einwohner	949.619	949.619	949.619	949.619	949.619	869.918
Aktive Bedienstete pro Gemeinde	2.484,4	2.499,6	2.430,0	2.774,9	2.410,8	2.334,5
Aktive Bedienstete pro 1000 EW	20,9	21,1	20,5	23,4	20,3	18,8
Beschäftigtenquote ¹⁾	0,9%	0,9%	0,8%	0,9%	0,8%	0,7%
<i>Abweichung zum Ø der Länder in PP</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Gemeindebedienstete gemessen an den Erwerbstätigen der Bundesländer.

Quelle: Gebarungsübersichten ST.AT, eigene Berechnungen.

5.2 Übersicht über methodisch-statistische Unterschiede im Datenset

Tabelle A22: Methodisch-statistische Unterschiede im Datenset

Merkmale	Bund	Länder <small>(ohne Wien)</small>	Wien	Gemeinden <small>(ohne Wien)</small>
Primärquelle	PIS	GBÜ	GBÜ	GBÜ
Erfassungsumfang der Primärquelle	alle im Aktivstand befindlichen Bediensteten (ohne Leihbeamte und ohne Ausgliederungen) VZÄ	VA-Gruppen 0-6 (inklusive Leihbeamte; divergierende Erfassung von Ausgliederungen)	VA-Gruppen 0-8 (inklusive Leihbeamte; divergierende Erfassung von Ausgliederungen) VZÄ	VA-Gruppen 0-9 (inklusive marktbestimmte Betriebe und Leihbeamte) VZÄ
Maßeinheit	VZÄ	besetzte Dienstposten	VZÄ	VZÄ
Erfassungszeitpunkt	Jahresdurchschnitt	Jahresendstand	Jahresendstand	Jahresendstand
Gliederungsformen	Art des Beschäftigungsverhältnisses, Berufsgruppen	Art des Beschäftigungsverhältnisses	Art des Beschäftigungsverhältnisses	Art des Beschäftigungsverhältnisses, Größenklassen
Zusatzquellen zur Erfassung des Personalstandes in den ausgegliederten Einheiten	PIS	Geschäftsberichte und GBÜ	Rechnungsabschluss	Recherchen
Erfassung von Ausgliederungseffekten	vollständig Umgliederungen bleiben außer Ansatz (z.B. Bundestheater, Bundesforste, Postsparkassen AG)	größtenteils (Landeskrankenanstaltenbetriebsgesellschaften)	vollständig (Krankenanstaltenverbund, Wr. Wohnen, Wr. Museen); Wr. Stadtwerke bleiben außer Ansatz	keine (im Text: Identifikation von AKH Linz)
Darstellung des Personalstandes in ausgegliederten Organisationseinheiten	konstanter Personalstand in ausgegliederten Einheiten	tatsächliche Entwicklung in ausgegliederten Einheiten	tatsächliche Entwicklung in ausgegliederten Einheiten	tatsächliche Entwicklung in ausgegliederten Einheiten

5.3 Erhebungsbogen zur Verbesserung der statistischen Basis im Bereich der öffentlichen Beschäftigung

Personalkapazität und Personalausgaben
Postenverzeichnis
Personalkapazität nach Altersstruktur
Erläuterungen

Personalkapazität und Personalausgaben
 nach Organisationseinheiten (je nach Gebietskörperschaft; hier beispielhaft für die Länder)
 und Schlüssel für eine gemeinsame Darstellung nach ÖNACE-4-Steller

ÖNACE 4-Steller	ORG-Bereich	VZÄ zum Jahresultimo 2002						Aktivausgaben in 1.000 EUR						
		Beamte	VB	Summe	pragn. Lehrer	Vertragslehrer	Summe	Sonstige	Gesamt	Lehrlinge	Bezüge	Nebengebühren	DGB	Gesamt
Öffentliche Beschäftigung ohne Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen"														
A Hoheitsverwaltung														
A01	Dienststellen der Geschäftsführung													
A02	Ressourcenverwaltung des Landes (Personal, Finanzen und Vermögen)													
A03	Sicherheit und Personalstandswesen													
A04	Kultur, Wissenschaft / Bildung / Unterricht und Sport													
A05	Land- und Forstwirtschaft													
A06	Wirtschaft, Tourismus und Wohnungswesen													
A07	Raumordnung, Verkehr, Umwelt, Naturschutz und Wasser													
A08	Gesundheit, Familie, Jugend und Soziales													
A09	Bezirkshauptmannschaften													
B Privatwirtschaftsverwaltung														
B01	Dienststellen der Geschäftsführung													
B02	Ressourcenverwaltung des Landes (Personal, Finanzen und Vermögen)													
B03	Sicherheit und Personalstandswesen													
B04	Kultur, Wissenschaft/Bildung/ Unterricht und Sport													
B05	Land- und Forstwirtschaft													
B06	Wirtschaft, Tourismus und Wohnungswesen													
B07	Raumordnung, Verkehr, Umwelt, Naturschutz und Wasser													
B08	Gesundheit, Familie, Jugend und Soziales													
C Politik und politische Dienststellen														
D Sonderbehörden														
E Landeslehrer an Pflicht- und Berufsschulen sowie an Landw.schulen														
E01	Allgemeinbild. Pflichtschulen													
E02	Berufsbildende Pflichtschulen													
E03	Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen													
F Krankenanstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens														
F01	Dienststellen der Geschäftsführung													
F02	Ressourcenverwaltung (Personal, Finanzen und Vermögen)													
F04	Bildungseinrichtungen													
F08	Gesundheitseinrichtungen													
G Bauwesen														
Insgesamt														
Öffentliche Beschäftigung bei ausgliederten Einheiten (Dienstzuteilungen bzw. "lebende Subventionen")														
U01 Krankenanstalten														
U02	Immobilien-gesellschaften													
U03	Fonds													
U04	Verbände													
U05	Sonstige Einheiten													
U Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen" insgesamt														
V Veränderung des Personalstandes in Folge von Ein- bzw. Ausgliederungen														
V01	Krankenanstalten													
V02	Immobilien-gesellschaften													
V03	Fonds													
V04	Verbände													
V05	Sonstige Einheiten													
V Veränderung des Personalstandes insgesamt														
S Personalkostensatz für Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen"														
S01	Krankenanstalten													
S02	Immobilien-gesellschaften													
S03	Fonds													
S04	Verbände													
S05	Sonstige Einheiten													
S Personalkostensatz für Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen"														

Post von	bis	Bezeichnung	Bezüge	Nebengebühren	DGB
PA 5000	5099	Geldbezüge der Beamten	x		
PA 5100	5199	Geldbezüge der ganzjährig beschäftigten Vertragsbediensteten	x		
PA 5200	5299	Geldbezüge der nicht ganzjährig beschäftigten Vertragsbediensteten	x		
PA 5300	5399	Sachbezüge der Beamten		x	
PA 5400	5499	Sachbezüge der ganzjährig beschäftigten Vertragsbediensteten		x	
PA 5500	5599	Sachbezüge der nicht ganzjährig beschäftigten Vertragsbediensteten		x	
PA 5640	5649	Vergütungen für Nebentätigkeit		x	
PA 5650	5659	Mehrleistungsvergütungen		x	
PA 5660	5669	Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen		x	
PA 5670	5679	Belohnung und Geldaushilfen		x	
PA 5690	5699	Sonstige Nebengebühren		x	
PA 5800	5809	Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte			x
PA 5810	5819	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten			x
PA 5820	5829	Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Vertragsbedienstete			x
PA 5830	5839	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten			x
PA 5840	5849	Leistungen aus der Selbstträgerschaft nach dem Familienlastenausgleichsgesetz für Beamte			x
PA 5850	5859	Leistungen aus der Selbstträgerschaft nach dem Familienlastenausgleichsgesetz für Vertragsbedienstete			x

PA = Personalaufwand (Kontenplan der Gebietskörperschaften)

Im Personalaufwand sollten folgende Aufwandspositionen nicht enthalten sein (da Sachaufwand)

SA 5600	5609	Reisegebühren - Inland
SA 5610	5619	Reisegebühren - Ausland
SA 5630	5639	Sonstige Aufwandsentschädigungen
SA 5700	5709	Entgelte für die Leistung persönlicher Dienste gegen Bindung von Dienstposten
SA 5710	5719	Entgelte an sonstige ständig zur Verfügung stehende Personen für die Leistung persönlicher Dienste
SA 5900	5999	Freiwillige Sozialleistungen

Personalkapazität nach Altersstruktur (ohne Dienstzuteilungen/Leihpersonal und lebende Subventionen)

bis 19	
20-29	
30-39	
40-49	
50-54	
55-59	
60-65	
über 65	
gesamt	

Personalkapazität nach Altersstruktur der öffentlich Bediensteten bei ausgegliederten Einheiten
(Dienstzuteilungen/Leihpersonal und lebende Subventionen)

bis 19	
20-29	
30-39	
40-49	
50-54	
55-59	
60-65	
über 65	
gesamt	

Erläuterungen:

VZÄ

Aktiv Bedienstete mit gesetzlicher Wochenarbeitszeitverpflichtung zum Jahresultimo Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sind auf die Normarbeitszeit umzurechnen.

ORG A bis G

Ohne "echte Abwesenheiten" (wie Karenzgeld-/Kindergeldbezieher, Präsenzdiener) einschließlich Vorruhestandsmodelle (sofern im Aktivstand)
 Ohne Bedienstete und Personalkosten der Gebietskörperschaft für ausgegliederte Organisationseinheiten ("unechte Ausgliederungen")
 (Dienstzuteilungen bzw. "lebende Subventionen")
 (unabhängig vom Ausgliederungszeitraum)
 Beispiele: PTA, Krankenanstaltengesellschaften, Immobiliengesellschaften

Verwendungsart

Unter "Sonstige" sind alle jene zu erfassen, die nicht VB, Beamte oder Lehrlinge sind (z. B. Aushilfskräfte)
 Sofern das Dienstrecht keine Unterscheidung zwischen VB und Beamte mehr vorsieht, sind diese unter der Summenposition von VB und Beamte zu melden.

Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen" (U)

Bedienstete und Personalkosten des Landes für ausgegliederte Organisationseinheiten
 (Dienstzuteilungen/Leihpersonal und "lebende Subventionen")

Dienstauss- bzw. eintritt in Folge von Aus- bzw. Eingliederungen (V)

Veränderung des Personalstandes und des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr in Folge von Ein- bzw. Ausgliederungen (falls nicht anders möglich: Personalstand und Aufwand des Vorjahres von den betroffenen Organisationseinheiten.)

Personalkostensätze für Dienstzuteilungen und "lebende Subventionen"

Personalkostensätze der ausgegliederten Einheiten an dem Personalaufwand der Gebietskörperschaft für unechte Abwesenheiten

Personalaufwand Bezüge

Details siehe Blatt PA_Postenverzeichnis (Aufgliederung möglichst im Sinne der im Blatt "Postenverzeichnis" definierten Abgrenzungen)
 Es sind die ausbezahlten Bezüge samt bezugsgleich ausbezahlter Zulagen anzuführen (Jahresbeträge)

Nebengebühren

Es sind zu erfassen die Ausgaben für Nebentätigkeit, Mehrdienstleistungen (incl. Überstunden), Jubiläumsgelder, Belohnungen und Geldaushilfen, Erschwernis- u. Gefahrenzulagen

Dienstgeberbeiträge

nach den gesetzl. Bestimmungen